

ROTTERKAMPF

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Rotterkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Anhaltungsgebühr. Verlag: Arbeiterpartei Deutschlands Halle, Postfachstr. 14. Fernruf: 2105 (Abd.); 2107 (Verlag).

Mit dem Anhaltischen Arbeiter-Zentrum
Der Rote Stern

Bezugspreis: 15 Pf. Bei dem am 1. Juli und 1. September. Contenten: Kreisblatt des Komitês und Provinzial-Blatt. Verlagsort: Leipzig No. 71 Halle-Merseburger Zeitungsges. m. b. H. Halle. Druck: Großdruck-Verlagsges. m. b. H. Halle. Postfachstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 27. November 1930

10. Jahrgang Nr. 278

Brüning zur Diktatur entschlossen

SPD. sagt volle Unterstützung zu

(Eig. Bericht.) Berlin, 27. November.

Die Zurückziehung Frelids aus der Brüning-Regierung durch die Reichsregierung bedeutet die Verschärfung der Situation und die unerschütterlichen Willen der Bourgeoisie, ihr Programm in den wertigsten Massen mit aller Brutalität durchzuführen. Die Reichsregierung hat als Grund für die Zurückziehung Frelids angegeben, daß die Brüning-Regierung sich zu sehr auf die Sozialdemokraten stütze. Der täglich zusammengebrochene Wille der Brüning's, die Lohnkämpfe durch einen großen Ansehensschwandel den Arbeitern schmackhaft zu machen, ist ein Zeichen in den Augen der Reichsregierung, „Anlehnung an Sozialdemokratie“.

Die Zurückziehung Frelids hat das nur vorgeschobene Gründe. Im Hintergrund steht die weitere Verschärfung der Krise, die durch die Brüning-Regierung nicht beizulegen werden kann.

Die Reichsregierung, die bis sich die Reichsregierung führt, ist die weitere Verschärfung der Krise, die durch die Brüning-Regierung nicht beizulegen werden kann.

Die Reichsregierung, die bis sich die Reichsregierung führt, ist die weitere Verschärfung der Krise, die durch die Brüning-Regierung nicht beizulegen werden kann.

Brüning's feier Vorkehr, sein Sozialprogramm auf dem Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen, ist durch das Ausbleiben der Reichsregierung aus der Regierung nur noch bekräftigt worden. Auch die verfassungswidrigen Schritte, die im Verlaufe einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, sollen auf diesem Wege in Kraft gesetzt werden.

Bourgeoisie und Sozialdemokratie sind mit dieser Methode Brüning's vollkommen einverstanden. Der „Vorwärts“ läßt darüber nicht den geringsten Zweifel. Er führt aus, daß heute „vielen die Regierung Brüning als das wahrscheinlich kleinste der zur Zeit möglichen Übel erscheint“. Wörtlich fährt er fort:

„Die Sozialdemokratische Partei hat allen Grund, diese Lage der Dinge mit vollkommener Mühsamkeit zu betrachten. Ihre politische Hauptaufgabe in dieser Zeit aber ist, die Entstehung einer Diktatur zu verhindern, die sich bewußt gegen die Demokratie stellt.“

Also auch, wenn die Regierung Brüning als eine offene Diktatur-Regierung auftritt, so ist die volle Unterstützung der Sozialdemokratie.

Es ist möglich, daß die Brüning-Regierung versucht sich als eine Diktatur-Regierung, die sich auf Hindenburg, auf die Reichswehr und auf die Sozialdemokratie stützt, zu behaupten. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sie einer offenen sozialistischen Regierung Platz machen muß.

Auf alle Fälle aber muß die Arbeiterklasse und die wertigste Bevölkerung gerüstet sein und schon jetzt den schärfsten Kampf gegen die Brüning-Regierung und ihre sozialfaschistischen Stützen führen.

Die Antwort auf die Brüning-Diktatur

Halle, 27. November.

Eine tiefe Gärung geht durch die Millionenmassen des wertigsten Volkes. Kampfhaft versuchen die Herrschenden durch wirkliche und scheinbare Handlungen den Einbruch zu vermeiden, als ob die Gefühle Deutschlands noch fest in der Hand hielten. Die Bourgeoisie und ihre Brüning-Regierung wissen, daß keine Zeit zu verlieren ist, sie wissen nur zu gut, daß ihre Verurteilung schon längst eine feierliche politische Wirklichkeit entspricht, daß auch in Deutschland ihr Ende nicht absehbar ist. Systematisch organisieren sie den Lohn- und Steuerraub zur Steigerung des Profits, den verächtlichen Terror gegen die wertigsten Massen, um einer kapitalistischen „Ueberwindung“ der Krise (die in Wahrheit niemals mehr bedeuten könnte, als eine kurzfristige Kampagne zur Organisation des Antilohnkrieges) die Wege zu öffnen. Nicht mit Unrecht hofft Brüning darauf, durch den verstärkten Druck gegen die arbeitenden Massen, „das Verhängnis“ abzuwenden zu gewinnen, die ausbleibende kapitalistische Arbeiterklasse wissen sehr gut, daß bei allen Redensarten über „Jugend-Plan-Operation“ die deutsche Bourgeoisie mit dem eigenen auch den fremden Profit kämpft.

Aber wenn Brüning mit seinen Raubzügen gegen die wertigsten Massen Vertrauen der einheimischen und fremden Ausbeuter erzeugen kann, Vertrauen der wertigsten Massen gewinnt er natürlich nicht. Und auch das Vertrauen der Kapitalisten findet seine Grenze in dem Zweifel, als es der verletzten Koalition des Arbeiterblocks mit den Sozialfaschisten gelingen werde, ihre schändlichen Pläne in die Tat umzusetzen, mit den wertigsten Massen fertig zu werden. Mit der Kapitalmacht ist die Brüning-Regierung bis heute nicht fertig geworden, sicher ist sicher, sagt der Bourgeois, und das schöne Raubprogramm ist ein ein Dreißigert, wenn die Regierung, die es vertritt, zum Tausch gelangt wird. Diese peinliche Unvollständigkeit zu vermeiden, verläßt die Regierung alle möglichen Mittel der faschistischen Demagogie, sie laßt den wertigsten Massen vorzumachen, daß sie „eine Regierung der Tat“ und zwar nicht nur auf dem Gebiete des Lohnraubes (wo ihre Wirksamkeit nicht bestritten werden soll), sondern auch auf anderen, angeblich zur „Erleichterung der Lage der Massen“ dienenden Tätigkeiten. Die „Preisabbau“-Schwübe ist derzeit das Hauptmittel dieser Demagogie und die ganze Schändlichkeit des sozialfaschistischen Verrats offenbart sich gegenwärtig in der Tatsache, daß der Sozialfaschismus nicht nur — unter der Theorie des „geringeren Übels“ — die Lohnraubregiererei rühmt, sondern ihr noch mit feierlichen Aufzügen hilft, sich als „Regierung des Preisabbaus“ als Vertreterin von Volksinteressen aufzuspielen — der Brüning-Regierung ihre „guten Absichten“ beigegeben — alles als Gegenleistung für die Zulassung der Steuererhöhungen und Konfiskationen der Bourgeoisie, als Organisationsrat der Niedermierung der Arbeitermassen.

Allen die Demagogie hat ihre Grenzen an den Tatsachen, die die Arbeitermassen den Preisabbauwünschen zeigen, während der Lohnraubbarriere, unbestreitbare Wirklichkeit bleibt. Der Sozialfaschismus, die eine Keimzelle der Brüning-Diktatur, befindet sich angesichts des schändlichen Stuhles aller Arbeiterparteien, angesichts der Stützung der Brüning-Regierung und der parlamentarischen Durchbrechung aller Streikfronten in einer schweren inneren Krise. Die Tatsache, daß in Berlin das Reichsbanner unter persönlicher Führung des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Weis in eine SPD-Verammlung zwecks Verprägung der oppositionellen SPD-Arbeiter einmündigen mußte, spricht Bände. Die andere, die nationalsozialistische Kolonne der faschistischen Reaktion ist schon heute — außerhalb der heiseren Rufe Wählerkreise — gesungen, ihre Wählerparteien zügen zu den Wahlen, als eine ganz gewöhnliche Partei. Die Arbeiter wissen sehr gut, daß sie zu nächst noch im Kampf der bürgerlichen Wählerparteien ein bestimmtes Maß an Unterstützung leisten mußten, um die irreführenden Arbeiter, Kleinrentner und Kleinrentnerbetreibenden von der faschistischen Demagogie — wie eben in diesen Tagen das bürgerliche Wahlergebnis bemies —

nur in dem Maße möglich ist, als es uns gelingt, durch die Tat, durch die Organisation der Massenfronten zu beweisen, daß wir nicht nur das bessere Programm haben, daß wir — im Gegensatz zu den faschistischen Schwärzern — die Partei der revolutionären, der beschleunigten Tat sind.

Sehen das die Massen, erleben sie es in der täglichen Erfahrung ihrer Kämpfe — dann, aber nur dann zerbricht der Spieß der faschistischen Demagogie, finden die von den Faschisten irreführten Massen den Weg an die Seite des revolutionären Proletariats.

Durch den Rücktritt Frelids soll eine weitere Rechtschwenkung zu den Faschisten erzwungen werden. Das ist eine Verschärfung der Lage. Aber auch eine Regierung der Nazis kann die Schwere der kapitalistischen Krise nicht abwenden, weil sie einfach unüberwindlich ist. Natürlich kann sie den Massen kein Brot geben, weil sie kein kapitalistische Regierung das kann. Aber wenn sie den Massen kein Brot geben kann, so kann sie doch allerlei Bösen jagen mit fetten Büschen vom Tische des Kapitalvergnügens, kann — so wie es die Sozialfaschisten getan haben

Der „Stahlhelm“ Hilfsarmee gegen die Sowjetunion

Der Fortgang des Moskauer Schädlingsprozesses

(Ansprache.) Moskau, 26. November.

Die Verurteilung vom 26. November, die 10 Uhr begann der Angeklagte, Professor Kamkin, seine Aussagen fort. Er gibt den Inhalt der Abendbesprechung in Paris mit den Vertretern des Handels- und Industriekomitês wieder. Die Reichsregierung versichert, daß zur Vermeidung der Wiederholung von 1918/1920 die militärischen Kräfte und die Wirtschaft des Reichs gut organisiert werden müssen.

Was nicht vor, den Hauptschlag gegen Leningrad und Moskau führen. Die Seebatterie soll in der Ukraine operieren. Seebatterietruppen sollen 600 000 bis 800 000 Mann betragen.

Die Regierung Kamkin gab Denisow als Gehilfen der Petrogradischen, die Regierungen Frankreichs und Englands sowie des Handels- und Industriekomitês an. Am nächsten Tage land eine Delegation mit dem General Kommissar und dem Oberst Jolowitsch. Die Delegation soll die Schaffung eines Militärapparates der Reichsregierung und eine Verbindung mit dem französischen Generalstab an. Er nannte zur Aufrechterhaltung der Verbindung in Moskau einen weiteren französischen Agenten.

Die weitere Unterredung betraf Einzelheiten der militärischen Operationen. Zwei Tage später fand ein Zusammenkommen mit dem Oberst Richard statt, wobei Nobel anwesend war. Richard sprach über den Stand der Chemie- und Kriegsindustrie. Er sprach sodann zu der in London abgehaltenen Besprechung der Firmaickers: Simon und „Sir Phillips“. Die Besprechung betraf die Zusammenkünfte der Reichsregierung mit dem Generalstab, die dritte Besprechung fand mit Oberst Lawrence im Londoner Automobilklub statt. Allen drei Besprechungen wurde übereinstimmend Mitteilung gegeben.

Die Hauptunterstützung für die Vorbereitung der Intervention soll weiterhin durch Frankreich erfolgen.

Zusammenarbeit mit den französischen Streitkräften gab konkrete Ergebnisse. Die Bildung einer Militärkommission unter der Leitung des Generalstabs, die Verbindung mit dem Generalstab, Hilfe durch französische Agenten in Moskau.

Die Reichsregierung ist nicht gefügt. Die einzige Unterstützung kam von dem Ingenieur Nartel über die Reichsregierung. Die Reichsregierung ist nicht gefügt. Die einzige Unterstützung kam von dem Ingenieur Nartel über die Reichsregierung.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte Kamkin den Zeitpunkt der Intervention. Durch die Unfähigkeit des Weltproletariats, insbesondere der deutschen Arbeiter, die ungenügende Vereinbarung zwischen den Großmächten, die Stärke der Roten Armee sei der Termin, der ursprünglich auf das Jahr 1928 festgelegt, bis auf das Jahr 1931 verschoben worden. Dann behandelte Kamkin die Beziehungen der Industriepartei zu den französischen Agenten in Moskau selbst und die verschiedenen Unterredungen, die mit den Agenten geführt worden sind. Schließlich geht Kamkin auf die Schilderung der Schädlingsarbeit im Innern der Sowjetunion über.

Einem ausführlichen Bericht über den Verlauf des ersten Verhandlungstages finden unsere Leser im Innern des Blattes.

Vernichtet die Feinde des sozialistischen Aufbaus!

In der überfüllten Arbeiterbesprechung, die gestern im „Rote Stern“ in Halle tagte und über die wir an anderer Stelle berichteten, wurde folgende Entschlossenheit einstimmig angenommen: „Die faschischen Arbeiterlosen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Sabotage des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion durch die aktuellen Agenten des Imperialismus. Sie verlangen vom Volksgesicht in Moskau strengste Bestrafung der Schuldigen.“

Gestern traten die „Roten Kisten“ in Wittenberg auf. Der Saal war überfüllt. 64 Neuzugänge wurden gemacht. Folgende Entschlossenheit wurde einstimmig angenommen:

„Die am 26. November im Gemeindefausthaus Wittenberg aus Anlaß des Auftretens der „Roten Kisten“ verurteilten Arbeiter und Arbeiterinnen fordern stärkere Bestrafung der angeklagten Mitglieder der Industriepartei, jenen konterrevolutionären Verbänden des Imperialismus, die diesem die Wege zu neuen Interventionen gegen die Sowjetunion zum Satz der Herrschaft der Arbeiterklasse in Vaterland aller Arbeiterlosen ebneten wollten. Macht Schluß mit den Veräuferten. Vernichtet die Saboteure der Durchführung des fünfjährigen in vier Jahren, auf dessen gigantische Erfolge wir voller Bewunderung schauen. Wir werden euch helfen, indem wir geloben, den schärfsten Kampf zu führen gegen Faschismus und Arbeiterverräter, für ein Sowjetdeutschland.“

Handwritten text on the left margin, including names and dates like '1930, 20', 'Partei', 'en 1-2', 'der Uric'.

Stegerwalds Unterstützungsraub in der Krisenfürsorge

Im Oktober hat der Zentrumsmittler Stegerwald, der ehemalige Führer der christlichen Gewerkschaften, einen unangehörigen Abbau der Krisenunterstützung angeordnet. In ungehörigen Beziehungen der bürgerlichen Presse - besonders der christlichen "Germania" - wurde die Verwendung als eine Ausbeutung der Krisenfürsorge hingestellt. Inzwischen hat nun einige der Bestimmungen in Kraft getreten, und es kommt häufig auf den Erwerbslosen und der Krisenfürsorge. Warum? Alle Arbeiterlosen, die sich seit dem 8. November neu anmelden, erfahren, daß sie keine Krisenunterstützung mehr erhalten, wenn sie nicht zuvor Berücksichtigung unterfunden haben und in der Berücksichtigung ausgeführt worden sind.

Stegerwald hat nämlich diktatorisch den § 101, Abs. 2, Ziff. 1 des

ABGB außer Kraft gesetzt, der bestimmt, daß Arbeitslose Krisenunterstützung bekommen, wenn sie wenigstens 13 Wochen innerhalb des letzten Jahres versicherungspflichtig beschäftigt waren.

Durch diese diktatorische Maßnahme wird allen Arbeitslosen, die ohne ihre Schuld, nach den Bestimmungen der Weisung, No. 10 nicht mehr als 52 Wochen bei der erstmaligen Anmeldung und 26 Wochen bei weiteren Anmeldungen versicherungspflichtig beschäftigt nachweisen können, der Anspruch auf Krisenunterstützung geraubt.

Am 24. November sind auch die bisherigen Hungerlöhne weiter gestützt worden. Arbeitslose der Lohnklasse 1 bis 4 erhalten die bisherigen Unterstufungslöhne von 6 bis 9,57 Mart pro Woche weiter. Dagegen erhalten Arbeitslose ohne Zuschlagsberechtigung die gedrigere in der Lohnklasse 4 ebenfalls nur den Unterstufungslohn der Klasse 4, in den Klassen 7 und 8 den Satz nach Klasse 5, nämlich 10,80 Mart und in den Lohnklassen 9 bis 11 den Unterstufungslohn der Klasse 6, nämlich 13,20 Mart. Ein Arbeitsloser ohne Zuschlagsberechtigung, der 33 Mart in der Woche verdient, erhält vor dem 8. November 13,20 Mart Krisenunterstützung, jetzt hingegen nur 9,57 Mart pro Woche, also 3,33 gleich 25 Prozent weniger.

Für die Krisenunterstützten mit Zuschlagsempfangern werden die Unterstufungslöhne um je eine weitere Lohnstufe herabgesetzt. So z. B. vor dem 8. November 15,75 Mart pro Woche erhielt, bekommt jetzt nur noch 14,03 Mart. Der Höchstlohn der Krisenunterstützten Hauptunterstützungsempfänger und 5 Zuschlagsberechtigte Familienangehörige - ist von 27 auf 24,40 Mart pro Woche herabgesetzt worden.

Diese Beschlüsse zeigen aber noch nicht die volle Ausnutzung der Verordnung Stegerwalds, da auch die Beschäftigtenverpflichtung nicht durch die Krisenunterstützung, so wird dessen Verbot, bis zum 20. Mart in der Woche übersteigt, voll auf die Unterstützten gemacht. Wenn z. B. in einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und vier Kindern, der Mann arbeitslos ist, ein erwachsenes Kind arbeitet und in der Woche 37,55 Mart verdient, so würde arbeitslose Familienmitglieder, wenn er zur Lohnklasse 6 gehört, keine Pfennig Unterstützung erhalten!

Dieser brutale Raubzug gegen die Arbeitslosen veranlaßt die Verweigerung der Arbeitslosen, die Beamten der Arbeitsämter rufen die Überfallkommandos der Schupo heraus, die die Hungernden brutal auseinanderbringen. Die Krisenunterstützung und die Familienmitglieder der Arbeitslosen müssen dann mit aller Kraft für die Interessen der Arbeitslosen kämpfen, die Arbeitslosen über die Schulden des heutigen Hungerlöhns und die Millionen auf dem Arbeitslosen in den Krisen Gruppen organisieren, um so die Voraussetzungen für die Bildung breiter Massenfronten gegen die kapitalistischen Räuber schaffen.

und in gewissem Maße noch heute tun - durch die Korruptionsmittel, die der Regierungspartei zur Verfügung stehen - , 1934 Abwanderung der enttäuschten Massen gewisse Elemente an sich ziehen und dadurch die Möglichkeit zur zeitweiligen Wiederherstellung der wertvollen Massen, vielleicht sogar zur Organisierung des Antifaschistischen Kampfes gewinnen. Auf die Dauer würde auch die Regierung der Stimmen der Revolution nicht überleben können - aber der Sturz des Kapitalismus würde sich nicht in die Hände der Arbeiter, es würden Opfer fallen, die vermieden werden könnten, wenn wir durch kluges und entschlossenes Handeln die Initiative in die Hand nehmen, die Maßnahmen des Faschismus zu zerstören, ehe er dazu kommt, sich selbst als nationale Gewalt zu etablieren.

Faschismus oder Kommunismus - so steht in Deutschland die Frage.

Auch die offene faschistische Diktatur wird der proletarischen Weichen müssen - aber die Opfer, die sie den arbeitenden Massen auferlegt, sind zu vermeiden, wenn das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei seinen Kampf zu immer höheren Formen steigert, wenn es den Weg des politischen Kampfes betritt,

wenn es den revolutionären Massen aus der Krise weißt.

Und angeht die ungeheuren Tiefen der Krise, angeht die revolutionäre Führung der breiteren Massen liegt die Verantwortung dafür, ob das gelingt, bei der Partei und nur bei der Partei. Wir selbst müssen unsere Pflicht erfüllen - wir müssen die Streiks der Chemie- und Bergarbeiter mit aller Kraft organisieren und zum politischen Kampfbereich steigern, wir müssen den Massenkampf der Erwerbslosen organisieren, wir müssen den 10. Januar, den Tag, an dem allen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen die Regierungen abgezogen wird, zu einem Generalstreik amputieren, der die Steuerträger machen, wir müssen an der Spitze des Massenkampfes gegen den Faschismus stehen:

Dann werden die Schwandenen zu uns hin werden, dann werden unter unseren Fahnen die breiten Massen des wertvollen Volkes sich sammeln, dann werden sie den einzig wirklichen Ausweg aus der Wirtschaftskatastrophe beschreiten - den Weg zur proletarischen Diktatur, den Weg zum Sozialismus.

Lothraubliedsprüche gegen Metallproleten

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

Für die Metallarbeiter in der Niederlausitz wurde durch einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Rottbus der Spitzenlohn der über 23 Jahre alten gelernter Arbeiter von 80 auf 75 Pf., in der Ortsklasse I von 72 auf 68 Pf. herabgesetzt.

Alle übrigen Löhne werden entsprechend der bestehenden Prozenttabelle gekürzt und die Monatsgehälter und Zuschlagssätze ebenfalls herabgesetzt.

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

Geleitern fällt die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz von Wiffell einen neuen

Schiedspruch gegen die freitenden Bauarbeiter.

Der Kammer geht es um: Ebert aus dem DVB, der Brandlesianer Bader und der SPD-Mann Hoffe.

Der Schiedspruch bringt einen Lohnabbau von 5 bis 1 Pfennig pro Stunde ab 1. Januar 1931. Die Arbeiterlöhne werden um 2 Prozent gekürzt.

Bereits sieben Wochen stehen die Bau- und Geldstrafschlichter Berlins im heroischen Streik.

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

Für das Tarifgebiet des Verbandes Brandenburgischer Metallindustrie wurde gestern ein Schiedspruch gefällt, der die Spitzenlöhne in der Sonderklasse von 94,5 Pf. auf 88,5 Pf., in der Ortsklasse A von 82 Pf. auf 77 Pf., in der Ortsklasse B von 77 Pf. auf 72 Pf., in der Ortsklasse C von 72,5 Pf. auf 68 Pf. und in der Ortsklasse D von 71 auf 67 Pf. herabsetzt.

Alle übrigen Stundenlöhne werden nach der geltenden Abkantung der Arbeiterlöhne entsprechend gekürzt.

Der Schiedspruch gilt ab 1. Dezember 1930 und kann erstmalig zum 30. Juli 1931 gekündigt werden.

Erfurter Arbeiter verlangen Streikbrecher Urlich

(Eig. Drahtmel.) Erfurt, 27. November.

In einer vom Ortsausschuß des ADGB einberufenen Versammlung aller freigezwungenlich organisierten Mitglieder sollte Streikbrecher Urlich über den Schiedspruch diskutieren. Urlich, mit den Rufnamen "Verteiler", "Streikbrecher" empfangen, begann seine Rede mit frechen Lügen und Verleumdungen gegen die KPD und SPD. Stürmische Zwischenrufe drachten Urlich zum Schweigen. Als die Bürokraten einen Genossen aus dem Saal werfen lassen wollten,

beschloß die Versammlung mit überwiegender Mehrheit, daß nicht der Genosse, sondern Urlich den Saal zu verlassen habe.

Bandisenarbeiter beschließen Streik

(Eig. Drahtmel.) Stettin, 27. November.

Gestern wurde in den unter dem Tarif der Bandisenindustrie fallenden Betrieben die Urabstimmung über den Schiedspruch durchgeführt. Das bis jetzt vorliegende Ergebnis zeigt eine überwältigende Mehrheit zur Ablehnung des Schiedspruches. Die noch ausstehenden leitenden Betriebe dürften das Ergebnis nicht mehr beeinflussen, so daß am Ende der Woche mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen ist.

Lothraub in der Rhein-Schiffahrt

(Eig. Drahtmel.) Köln, 27. November.

Einen ungeheuren Schiedspruch fällt gestern die Schlichterkammer für die Rhein-Schiffahrt. Danach werden die Löhne und Gehälter vom 29. November ab um 7 Prozent, der Wochenlohn des Matrosen und Heizers um je 3 Mart gekürzt. Diese Regelung ist erstmalig am 1. zum 31. März 1931 gültig.

Kampfbereitschaft der holländischen Erwerbslosen

(Eig. Ber.) Halle, 27. November.

In einer überfüllten Versammlung, die gestern im großen Saale des "Vollspart" stattfand, nahmen die Erwerbslosen den Bericht über den Verlauf der letzten Stadtratsordnenungsverammlung entgegen. Stürmische Entrüstung erregte die Verammelten, als sie erfuhren, daß alle ihre in der Stadtratsordnenungsverammlung durch die kommunalistische Fraktion eingereichten Anträge durch die bürgerlichen Parteien, einschließlich SPD und Nazis, abgelehnt worden sind.

Der Redner, Genosse Wabbel, schärfte eingehend die Schiften, denen die Erwerbslosen bei ihrem Verkehr mit dem Wohlfahrtsamt ausgesetzt sind. Er verwies auf die Notwendigkeit des Kampfes der Erwerbslosen Seite an Seite mit den Arbeitern in den Betrieben. In der Diskussion wurden diese Ausführungen noch unterstrichen. Auf einen Antrag aus der Versammlung heraus wurde die Forderung der Erwerbslosen dem Magistrat zu unterbreiten. Folgende Entschließung wurde angenommen:

"Die zu Tausenden im 'Vollspart' versammelten Erwerbslosen von Halle nehmen mit Entschiedenheit den Bericht über die Ablehnung ihrer von der kommunalistischen Stadtratsordnenungsverammlung durch die verbündeten bürgerlichen und sozialfaschistischen Kapitalisten entgegen. Die Erwerbslosen der Notwendigkeit, sich immer mehr unter Führung der KPD und der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen."

Es wurden zahlreiche Aufnahmen für die KPD und für den Kampfbund gegen den Faschismus gemacht.

Nach Bergholz gegen Jungsozialisten

In seiner Begründung zu dem Beschlusse, die Jungsozialistische Vereinigung aufzulösen, lagt der sozialdemokratische Bezirksvorstand von Berlin, daß schon im Jahre 1925 von der Berliner Organisation der SPD ein Antrag auf Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung an den Reichsparteitag in Heidelberg gestellt worden sei. Die Gründe, die vor fünf Jahren für die Stellung des Antrages maßgebend gewesen seien, hätten heute noch.

In Wirklichkeit sind für die Parteiführungen der SPD ganz andere Gründe maßgebend. Die sozialdemokratischen Führer glauben, durch den Auflösungsbeschlusse den ungewissten Zusammenhang zwischen der Jungsozialistischen Vereinigung und der sozialdemokratischen Jugend zu trennen. Dabei demontiert die sozialdemokratische Partei ihren jugendlichen Mitgliedern, daß es eine Unmöglichkeit ist, die SPD zu einer revolutionären Klassenkampfpartei zurückzuführen. Durch die Maßnahmen der SPD werden alle solche Auffassungen in den Köpfen sozialdemokratischer Jungarbeiter ein für allemal liquidiert.

Der Kampf gegen den Faschismus kann einfach nicht durch die SPD geführt werden, und alle, die ihn ernsthaft wollen, werden von der SPD selbst den Kommunisten gleichgerichtet. So beschloß die "Vorwärts" die SAJ und Jungsozialisten, die an jener Kampfabteilung in der Ausstellungsballe teilnehmen, als "Streikbrecher" zu kennzeichnen und die ungewissten Zusammenhänge zu trennen. Dieser die Stellung des "Vollspartes" zu der Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung ist bereits gestern im "Kampfbund" berichtet worden. Leops blüht und vertreibt vollkommen die Maßnahmen der Berliner Parteiführungen und was tut Verstoß, der Führer der "Einigen" im Bezirk. Das einigste, was er gegenüber dem Terrortat des Parteivorstandes zu sagen hat, ist die Verleumdung in einer "Wohlfahrts"-Notiz: "Ein bedauerlicher Beschluß. Und in dem Kommentar zu der Begründung des Beschlusses schwingt er sich allein

Fort mit der Renekreuer

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

Bis in die späten Abendstunden hinhinhalten gestern die Sozialdemokraten mit der Brüning-Regierung. Sie forderten keineswegs die Beteiligung der reaktionären Steuern, gegen die sie in der Wahlkammer mit so lauten Worten zu Felde gezogen waren. Nur einige Schönheitsfehler bemängelten sie. Sie forderten eine "Stellungnahme" der Regierung und einige unwesentliche Änderungen in der Frage der Krankenheimegebühren.

Die Kommunistische Partei, als einzige Partei, die die Interessen der Wertfähigen vertritt, hat gestern durch die Reichstagsfraktion angeführt der ungewissten Vorlage des wertfähigen Volkes einen Antrag auf Entlassung eines Gesetzes über das Verbot der Erhebung von Kopfkuppen im deutschen Reich eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

Artikel 1
Kopfkuppen irgendeiner Art (Renekreuer, Kopfkneuer, Bürgerabgabe, Einwohnereuer und ähnliche) dürfen im Gebiet des Deutschen Reiches nicht erhoben werden.

Artikel 2
Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Der Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion muß ein Mittel sein zur Mobilisierung der breiten Massen zum Steuer-

zu der Empfehlung auf, daß man neben dem Reichsbanner die Jungsozialisten im Überdienten beschlößigen soll.

Die Stellungnahme des "Wohlfahrts" ist in der Tat weiter noch anders, als eine Unterstufung der Parteivorstandsanstalt, ein Beweis dafür, daß die "Einigen" Zeiter Heiden um Bergholz noch anders als das Feigenblatt sind für die Politik des Reichsvorstandes.

Es bleibt den sozialdemokratischen Jungarbeitern, die die Kämpfe wollen gegen den Faschismus, gegen des Brüning-Regierung Brüning, nur ein Weg, der Weg zum Kommunistischen Jugendverband, zur Kommunistischen Partei.

Nazis beantragen Kampfmaßnahmen gegen die Sowjetunion

und zwar zunächst Neuauflage der Baltikumborderen Wirtschaftsstreit

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

Im Reichstag sind eine Reihe nationalsozialistischer Abgeordneter eingegangen, die die Kriegserklärung der Sowjetunion in aller Öffentlichkeit gegen die nationalsozialistische Fraktion forderten und die Kriegserklärung

Bildung eines freiwilligen Grenzwachpostens von mindestens 1000 Mann, der an der deutschen Grenze aufgestellt werden soll. Die Verbrennen der Baltikum-Banden sollen also nach dem Willen der Nazis wiederholt werden.

In einer Interpellation der Nationalsozialisten wird gefordert und darauf verwiesen, daß "andere europäische Länder sollen die Abwehrmaßnahmen gegen die verheerenden russische Freischützer einzeln durchführen."

Wit der Inhabanten Befreiung von der russischen Schicksalstrafen treten die Nazis offen auf die Seite der Brüning-Regierung und der französischen Imperialisten überhaup, die die nationalsozialistischen in dem Schiedlungsprozess in Moskau sind, sie auch nicht auf der Anklagebank sitzen.

Keine Tarifermäßigung bei der Reichsbahn

Der Preisleistungswindmel zerplatzt immer mehr

(Eig. Drahtmel.) Berlin, 27. November.

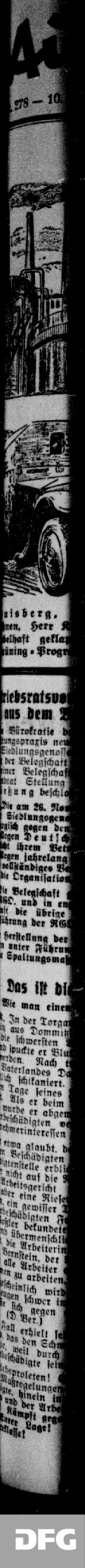
Der Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn hat nach der längeren Beratung über die Frage, wie weit und in welcher Höhe die Reichsbahn bei dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung mithelfen könne, folgenden Beschluß gefaßt:

"Eine allgemeine Tarifermäßigung zur Zeit zu genehmigen. Die Verwaltungsrat nicht in der Lage."

Stillelegung der Grube "Bolter"

(Eig. Ber.) Tecklich (Kr. Weidenfels), 26. November.

Die Grube "Bolter" hat ihren gesamten Abraum abgebaut. Bis auf wenige Mann ist die Bergbauarbeiten eingestellt.



Frontkämpferinnen unserer Freiheitsarmee

Der zweite Reichst Kongress werttätiger Frauen in Berlin

Der 2. Reichst Kongress werttätiger Frauen, der am Sonntag seinen Abschluß fand, ist ein Ereignis von großer Tragweite für die kommenden Kämpfe in Deutschland. Er war ein Kongress, wie ihn keine andere Partei jemals zustande bringen konnte. Durch den Mund der Delegierten sprach das ganze weibliche werttätige Deutschland. Alle Schichten des weiblichen Proletariats waren vertreten. Fabrikarbeiterinnen aus den Metallbetrieben, aus den Textilbetrieben, aus den Chemiefabriken, Hausfrauen, Angestellte, Landarbeiterinnen, Getreidearbeiterinnen, Kleingewerbetreibende, jugendliche Arbeiterinnen, Erwerbslose und Sozialrentner.

Die hohe Bedeutung des Kongresses liegt auch darin, daß er keine Tagung nur von Kommunisten war. Im Gegenteil, 600 der tausend Delegierten waren bis zu ihrer Wahl bzw. zum Teil bis tief in die Beratungen des Kongresses hinein parteilos. Und mit Stolz können wir berichten, daß der Kampf der Kommunistischen Partei so tief in die Herzen der tausend Delegierten drang, daß von den Parteiloosen 103 im Verlaufe des Kongresses der Kommunistischen Partei als Mitstreiterinnen für Sowjetdeutschland beitraten.

Die Besetzung und die ausführliche Diskussion von neun über 40 Delegierten, die in der Aussprache das Wort ergreifen, wie können nur einen kleinen Teil wiedergeben - brachten zum Ausdruck den unerbittlichen siegesbewußten Kampfwillen, der die Millionenmänner der arbeitenden Frauen erfüllt hat. Dieser Kampfwille wird im ganzen Reich zur Tat werden. Zur befreienden Tat für Sowjetdeutschland.

Referat der Kollegin Gropper

Mit starkem Beifall wurde die Reichstagsabgeordnete Genossin Roberta Gropper empfangen, die das Hauptreferat über das Thema **Die Notlage der werttätigen Frauen und der Kampf um Brot und Freiheit** hielt.

Ihre Tagung findet statt in einer Situation der gewaltigen Kämpfe zwischen der Klasse der Kapitalisten



Genossin Roberta Gropper.

und der Klasse der Unterdrückten. Die Fronten formieren sich täglich scharfer. Die kapitalistische Gesellschaft treibt der Katastrophe entgegen und versucht, durch verschärfte Ausbeutung der werttätigen Massen dieser Katastrophe zu entgehen.

Die Kapitalistenklasse und ihre Regierung leitet zu diesen Zweck eine unerhörte Offensive gegen das arbeitende Volk ein. Aber die Arbeiter lehnen sich zur Wehr. In vielen Betrieben in Deutschland, in Berlin, in Württemberg und Baden und Sachsen, haben die Arbeiterinnen im Kampf zur Verteidigung ihrer Lebensrechte.

In diesen Kämpfen sind die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen aktive Kämpfer. In Berlin verlassen die Arbeiterinnen als erste den Betrieb und demonstrieren unter dem Fahnen für ihre Forderungen. In Württemberg und Baden und Sachsen haben die Arbeiterinnen Schützen und Kampf mit ihren Männern Massenstreikposten vor den Betrieben.

Hölle für die werttätigen Frauen

In den Betrieben wird ein raffinierter Ausbeuterzettel angewandt. Qualifizierte Männerarbeit wurde durch Ungelernte, Ungelernte und Frauenarbeit ersetzt. Die billige Frauenarbeit ist für die Kapitalisten eine Quelle fetter Profite. Der Frauenlohn beträgt im Durchschnitt nur 70 Prozent des Lohnes des männlichen Hilfsarbeiters. Der Frauenlohn sinkt, wenn die Frauen nicht mehr über die Lasten des häuslichen Lohnabbaus hinwegzukommen.

Schlimm sind die Auswirkungen dieser Ausbeutung. Die Zahl der Unfälle steigt sich ungeheuer. Von 1924 bis 1929 belief sich die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 6 Millionen. Die Arbeit am Fließband hat besonders schädliche Auswirkungen auf den Organismus der Arbeiterin. Bei Siemens ist jede dritte Arbeiterin verrentet.

Die Lage der Angestellten in den Fabrikkontoren und in Warenhäusern ist nicht besser. Eine Verkäuferin verdient oft nur 10 bis 100 Mark.

Die Jungarbeiterinnen sind für die Kapitalisten eine Quelle besonderer Profite. Die am meisten ausgebeuteten Schichten des weiblichen Proletariats sind die Hausangestellten, Seimarbeiterinnen und Landarbeiterinnen. Die Hausangestellte schuftet täglich bis in die späte Nacht um 30 Mark Monatslohn. Die Seimarbeiterin bekommt für einen Monat mit Futter 1,75 Mark Gehalt. Die Landarbeiterin erhält den „süßlichen“ Stundenlohn von 11 und 15 Pfennig.

Aber auch die Schichten der Kleingewerbetreibenden und Mittelständler werden in hohem Maße von den Kapitalisten ausgebeutet. Ihre Existenz droht, sie werden in zunehmendem Maße ins Proletariat gelassen.

Was sind die Folgen dieser unerträglichen Zustände für die arbeitenden Massen? 17 000 Selbstmorde jährliche in Deutschland in einem Jahre. 40 000 Frauen werden durch den Hunger in den Tod getrieben. 800 000 Frauen jährlich geben sich in dieselbe Geißel. Auch sie zwingt der Kapitalismus, abzuhängen. Hunderttausende haben keine eigene Wohnung, wohnen in Baracken und dunklen Kellern, wo kein Sonnenstrahl einstrahlt.

Die Not und das Elend verschonen auch nicht die Kinder. Die „lammigen Augen“, von der die herrschende Klasse soviel

schmäht, ist für die Kinder der Arbeiter nicht vorhanden. In Berlin zählt man 8000 gewerblühende Schulkinder. 20,4 Prozent aller Schulkinder waren im Jahre 1928 mit Tuberkulose befallen.

Millionenprofite für die Unternehmer

Wie lebt die herrschende Klasse?

Die A.G.E. hat ihren Reingewinn von 8,7 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 19,1 Millionen Mark im Jahre 1929 gesteigert. 25 Generaldirektoren des Siemens-Konzerns verdienen soviel, wie 5200 Angestellte oder 8000 Arbeiter = 12 1/2 Millionen im Jahr.

Die Genossin Gropper schildert dann die Krise des Kapitalismus und den Versuch der Kapitalisten, durch verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der werttätigen Massen zu überleben, mit Polizeierstern demonstrierende und streikende Arbeiter niederzuschlagen.

Dieser schändliche Kurs wird von der Zentrumspartei durchgeföhrt. Brüning, Brüning, Brüning sind die Einzelgänger der Massennot der arbeitenden Klasse.

Die Genossin Gropper charakterisiert dann die Rolle der Sozialdemokratie, die alle Schandgeschehe der Brüning-Regierung durchföhrt und diesen schändlichen Kurs durch die Organisation des Streikbruchs und des Polizeiersterns gegen die Arbeiter in die Tat umsetzt.

Den Nationalsozialisten reiht die Referentin die Mäste noch Geföhrt.

Rede des Genossen Heinz Neumann

Mit stürmischen minutenlangen Beifall begrüßt, ergriß Genosse Heinz Neumann im Namen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands das Wort zu seiner Ansprache an den Reichst Kongress der werttätigen Frauen. Seine anfeuernde Rede wurde immer wieder von Beifallsstößen der tausend Frauendelegierten unterbrochen.

Im Namen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich dem 11. Reichst Kongress werttätiger Frauen heiße brüderliche Kampfesgrüße. Euer Kongress ist ein großes Ereignis in der Frauenbewegung der ganzen Welt.

Alle Schichten des gesamten weiblichen Proletariats sprechen durch den Kongress, daß sie gewillt sind, um die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Aber nicht nur das Elend kam hier zu Worte, sondern der Wille zum Kampf, der Wille, Schluch zu machen mit dem Kapitalismus (stürmischer Beifall). Diese Entschlossenheit, dieses Mutgefühl trägt hinaus ins Reich, unter die Millionenmassen der werttätigen Frauen.

Kampf gegen den Faschismus!

Faschisten sind die Todfeinde auch der arbeitenden Frau. Sie sind die Wunde und Schicksalskraft der Ausbeuter. Aber wenn die Faschisten glauben, die Revolution verhindern zu können, so befinden sie sich in einem Irrtum. Hinter uns steht eine revolutionäre Weltbewegung, hinter uns steht die hegerrische Sowjetunion, die im heroischen Kampf den Sozialismus aufbaut (stürmischer Beifall). Die rote Front wird den Faschismus überrennen. Wenn Hitlers „Drittes Reich“ jemals kommen sollte, dann nur 1 1/2 Meter unter der Erde und darüber die hegerrische Arbeitermacht (langanhaltender Beifall).

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die ihre ganze Kraft für den Befreiungskampf der werttätigen Frauen einsetzt. Kommunismus, das heißt Befreiung der Unterdrückten, deshalb heißt Kommunismus Einlag der ganzen Kraft auch für die Befreiung der arbeitenden Frau. Die Hälfte aller werttätigen Deutschlands sind Frauen. Ohne die Frauen ist daher eine Revolution nur eine halbe Revolution. Und eine halbe Revolution ist keine Revolution (starker Beifall). Die kommunistische Partei ohne Frauenarbeit ist nur eine halbe kommunistische Partei. Und eine halbe kommunistische Partei ist keine kommunistische Partei.

Es gibt einen Ausweg aus Katastropheneid und Jugendmühsal. Die kommunistische Partei zeigt den Weg. Sie ist die Vorhut der Millionenmassen im Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse. Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die Schluch machen wird mit dem kapitalistischen Vorkriegssystem.

Wir werden nach der Eroberung der Macht den Siebenhunderttag mit vollem Lohnausgleich, den Arbeiterinnen gleichen

Unsere Kampfaufgaben

Wir stehen vor großen Wirtschaftskämpfen, für die wir uns rüsten müssen. In allen Betrieben sind die Betriebsrätegruppen vorzubereiten, muß die Wahl von vorbereiteten Kampfausschüssen durchgeführt und starke Betriebsgruppen der revolutionären Gewerkschaftsopposition geschaffen werden. Als Organe der K.G.D. müssen in allen Betrieben Arbeiterinnenkommissionen gewählt werden. Die Arbeiterinnenkommissionen sind die Hebel zur Mobilisierung der Arbeiterinnen für ihre eigenen Forderungen: für die Betriebsarbeiterinnen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! für den Siebenhunderttag mit Lohnausgleich! für 10 Minuten Pause am Fließband! für Verbot der Überarbeit am Fließband! für die Sicherung eines Garantielohns!

Für die erwerbslosen Arbeiterinnen: Erhöhung der Unterstützungssätze! Fortfall der Unterstützungsausschüttung! für Arbeitsbeschaffung!

Für alle werttätigen Frauen: Ausdehnung Schutz für Mutter und Kind! Streichung des Vorparagrafen 218.

Für die bestehenden Kämpfe brauchen wir eine starke, revolutionäre Einheitsfront aller werttätigen Frauen, für die wir auch die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterinnen gewinnen müssen!

Der proletarische Ausweg aus der Krise ist die Befreiung der Wirtschaftskämpfe zu politischen Kämpfen, um die Macht der Ausbeuter zu brechen, die Kapitalisten zu verjagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse aufzurichten, wie es die russischen Arbeiter 1917 gemacht haben, um eine werttätige politische Befreiung der Frau, die volle Gleichberechtigung mit dem Manne auf allen Gebieten herbeizuföhren. (stürmischer Beifall.)

Deutschland muß das zweite Land der Sowjets werden

Unsere Kämpfe, unsere Tagung haben internationalen Bedeutung. Deutschland muß das zweite Land der Sowjets werden. (stürmischer Beifall.) Alle Hege der Sowjetunion kann nicht verhindern die Liebe und Begliederung der Arbeiterinnen zum ersten Arbeiterstaat. Die Sowjetunion ist das leuchtende Beispiel für das Weltproletariat, das mit seinen Weibern die Sowjetunion gegen alle Angriffe der Imperialisten schützen wird.

Der Kapitalistenklasse, die mit Blut und Leiden ihre Herrschaft erhalten will, der Unternehmerklasse, der Regierung, der anmaßlichen schändlichen Diktatur legen wir entgegen unseren revolutionären Willen, unseren revolutionären organisierten Kampf zur Schaffung eines freien sozialistischen Deutschlands! (Langanhaltender Beifall.)

Lohn für gleiche Arbeit geben. Wir werden den Besitz der Kapitalisten beschlagnahmen. Im kommenden Sowjetdeutschland werden wir Wohnungen für die Arbeiterfamilie, indem wir die Kapitalisten aus ihren Villen und Pensionswohnungen hinauswerfen, schaffen. Wir werden die mörderische Schmach des Paragraphen 218 mit einem Federstich beseitigen (langanhaltender Beifall). Wie in der Sowjetunion werden wir die Schwangeren zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung freistellen, von der Arbeit befreien und vollen Tariflohn bezahlen.



Genosse Heinz Neumann.

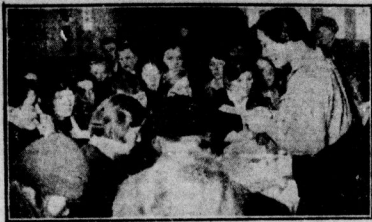
Lohn bezahlen. Wir werden Schluch machen mit den Junkern, Hausbesitzern und den Kapitalisten.

Der 1. Kongress war nur ein Signal zum Kampf, ein erster Ruf. Heute heißt jeder, daß hier eine große unüberwindliche Armee entsteht, eine Armee von Frontkämpferinnen des Kampfes um Sowjetdeutschland.

Wenn es jetzt gürldet in die Betriebe, in die Kontore, auf das flache Land, muß eure wichtigste Aufgabe sein: jede Delegierte muß tausend neue werttätige Frauen gewinnen, aufklären, in die rote Klassenfront einziehen. Vorwärts, hoch die Fahne des Volkswillens. Die Fahne geballt gegen alle Feinde des Proletariats. Hinein in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, in die roten Verbände, in den Kampfband gegen den Faschismus. Entrollt das hegerrische Banner des Kampfes um die Freiheit des Proletariats, für das kommende Sowjetdeutschland. (Minutenlanges begeistertes Beifall.)

Aus Fabriken, Kontoren und vom Lande...

Diskussion auf dem zweiten Reichstongress wertfälliger Frauen



Jungarbeiterinnen-Kommission tagt

In der Diskussion, die nur wegen der vorgerückten Stunde abgebrochen werden mußte, sprachen nahezu 50 Frauen die folgende aus den Betrieben, von den Stempelstellen, vom hiesigen Lande, Hausfrauen, Lehrlinginnen, Angestellte — alle Schichten der erwachsenen und jugendlichen weiblichen Proletariats. Die einzelnen Diskussionsreden wurden mit größter Aufmerksamkeit empfangen und immer wieder begeistert unterbrochen.

4 bis 6 Mark Wochenlohn für jugendliche Schuharbeiterin

Es kamme aus einem großen Betrieb, aus der Schuhfabrik von Burg bei Magdeburg. Unter Betrieb hat eine Belegschaft von 2500 Mann, eine Frauenbelegschaft von 800 bis 900. Eine reformistische Stöckerei ist dieser Betrieb. Er war 25 Jahre nicht tätig, einen Streik durchzuführen. Jetzt haben die oppositionellen Kollegen so gearbeitet, daß wir bei den letzten Betriebsratswahlen eine eigene Liste aufstellten. Das Ergebnis war, daß 13 Genossen, die sich zu der Liste bekannten, aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Mit den gemeinsten Mitteln arbeitete man gegen uns. Trotzdem haben wir 400 Stimmen bekommen und vier Betriebsräte.

Unter der Leitung eines neuen Direktors wurde das Fabrikband eingestellt mit der gleichzeitigen Herabsetzung der Löhne unter Zustimmung der reformistischen Betriebsräte.

Die Jugendlichen werden ausgebaut bis aufs Mark. Es ist üblich bei den Stewern am Band, daß die Jugendlichen die selbe Arbeit machen müssen, wie die Erwachsenen. Sie bekommen 25 Prozent weniger Lohn, weil es der Tarif so festsetzt.

36 Mark ist unser Mindestlohn, mit 25 Mark gehen wir nach Hause. Die Jugendlichen über 18 Jahre haben 27 Mark, gehen mit 18 Mark nach Hause, von 16 bis 18 Jahren gehen sie mit 8 bis 10 Mark nach Hause. Die Jugendlichen von 12 bis 16 Jahren haben einen Durchschnittslohn von 4 bis 6 Mark pro Woche. Die reformistischen Betriebsräte helfen sich hin und legen: Die Jugendlichen sollen nicht so faul sein, sondern arbeiten! Bei uns Stewern ist es zum Beispiel so, daß wir die Produktion von 25.000 auf 40.000 geteilt haben bei derselben Belegschaft. Trotzdem kommt es vor, daß wir monatlich eine halbe Stunde sitzen und keine Arbeit haben und dafür kein Geld bekommen.

Die reformistischen Betriebsräte gehen in allen Fragen mit der Betriebsleitung vollständig konform. Man geht gegen uns oppositionelle Betriebsräte mit den gemeinsten Veranschlagungen und den größten Gemeinheiten vor. Aber Kolleginnen und Genossen, trotz alledem werden wir oppositionellen Kollegen nicht aufhören, die Kollegen und Kolleginnen aufzurütteln!

So standen wir Berliner Metallarbeiterinnen im Kampf

Schon vor Beginn des Streiks in der Berliner Metallindustrie haben wir die Metallarbeiterinnen mobil gemacht und als am 16. Oktober der Ruf kam: „Auf zum Streik!“, traten wir geschlossen am anderen Morgen 9 Uhr früh aus dem Betrieb. Am vierten Tage konnten wir legen, daß alle Kollegen und Kolleginnen drohen konnten.

Die KGW war die einzige Organisation, die uns im Streik wirklich gefühlt hat. Es ist eine tüchtige Organisation. In unserem Betrieb sind 1500 Arbeiterinnen, die alle im Kampf standen. Die Berliner Metallarbeiter haben gut im Streik gehalten und sie hätten noch weiter gehalten, wenn nicht durch den schmählichen Verrat von Urid der Streik abgebrochen worden wäre. Aber wir werden weiter stehen zum Streik bis zum Sieg. Bei uns wurden 60 gewalttätige. Wir haben durch entschlossenen Muttreuen erreicht, daß von den 60 Gemeinheitslosen 28 mit der einzigen KGW wurden, darunter sämtliche GKW-Betriebsräte, während drei rote Betriebsräte auf der Streikliste blieben.

Als am 4. November der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins gegründet wurde, waren wir alle begeistert. Ich kann euch sagen, diese Organisation wird auf das härteste geteufelt von den Frauen begrüßt. Es ist die einzige Organisation, die auch wirklich für die Interessen der Arbeiterinnen eintritt.

Die Stimme der weiblichen Angestellten

Die Lage der kaufmännischen Angestellten ist so sehr schlecht, weil sich der größte Teil der kaufmännischen Angestellten noch nicht zum Proletariat bekennt. (Sie sind zum Teil zu „fein“, zum Teil fürchten sie sich, sich zum Proletariat zu bekennen. Da durch sind sie selbständig an ihrer elenden Lage. Sie stehen vollkommen allein in ihrem Kampf und haben niemand hinter sich.) Sie unterbreiten sich selbst dem Unternehmer gegenüber. Sie arbeiten für Schmutzgehälter. 130 Mark im Monat brutto bekommen Angestellte, die 6 bis 10 Jahre im Angestelltenverhältnis stehen. Viele sind so verzweifelt, daß sie sich das Leben nehmen wollen.

Genossinnen! So wird die Frage nicht gelöst! Wir unterfragen damit nur den Staat, den wir damit von der Zahlung der Erwerbslosenunterstützung befreien. Wir müssen die Angestellten aufwachen und müssen ihnen sagen: Wenn ihr euer Leben lassen wollt, dann legt es für unsere Sache ein! (Großer, langanhaltender Beifall.) Wenn ihr hungert müßt, dann nicht heimlich im stillen Kämmerlein, sondern dann führt einen offiziellen, gelassenen Hungerstreik durch! (Großer Beifall.)

Weiber haben die Angestellten noch keine Organisation hinter sich. Der „Verband der weiblichen Angestellten“ ist nur eine Stellenvermittlung für 320 Mark Beitrag im Monat. Als Erwerbsloser zahlt man 1,20 Mark im Monat. Wir sind nicht in der Lage, dieser Organisation anzugehören. Was bleibt uns übrig? Wir müssen uns einreichen in die Front des Proletariats. Wir sind nicht zu fein dazu, wie die meisten denken.

Bergarbeiterin über das Morbidgehen

„Bei uns war vor kurzem das große Unglück in Aledorf. Die Direktion erklärte, es wäre eine Dynamitexplosion gewesen. Es wurde aber festgestellt, daß das nicht zutrifft. Die Herren wollen ihre Schuld vertuschen, damit das Arbeiterlohn nicht sinkt, wie die Kapitalisten es tun, wie sie aus dem Blut der Arbeiter die Früchte ziehen und davon herrlich und in Frieden leben. Jetzt legen 300 Proleten in einer Reihe — aber von diesen Proletinnen war keiner dabei! Die Bergarbeiterinnen haben denen aber die Antwort gegeben. Beim Streik haben sie Streikposten gehalten bis 2 Uhr nachts und früh um 5 Uhr schon wieder. Im Schmelzer schlug ein Polizist eine Frau beim Streikposten nieder. Da ging eine Genossin hin und schlug ihm zwei Zähne aus. (Langanhaltender Beifall.) In diesem Streik haben wir erkannt, daß die Bergarbeiterinnen an die Seite der Männer gehören. Sie haben immer gesagt: „Wo unsere Männer sind, da sind auch wir!“

Streikführerin des Ebersbacher Textilstreiks

Auf dem Lande sind die Arbeiterinnen weit rückfälliger als in den großen Städten. Und doch verstehen auch diese Frauen zu kämpfen. Wir haben einen Beweis dafür: Wir hatten in Ebersbach in Gachsen einen kleinen Streik. 128 Spinnerrinnen handten neun Wochen im Kampf. Es handelte sich um eine Mehrleistung von 30 Prozent, die von uns verlangt wurde. Jede Arbeiterin arbeitete an einer Maschine mit 500 Spindeln. Man sollten wir für denselben Lohn 1 1/2 Maschinen mit 750 Spindeln bedienen.

Wir beschloßen, die Arbeit niederzulegen und übten 1 1/2 Tag polnische Weisheit. Eine Kampfleistung von 13 Mann wurde gemacht. Wir hatten in der Arbeit nur zwei Kommunisten. Aber wir haben verstanden, was diese Kollegen uns sagten, haben begriffen, daß der Weg des Kampfes der richtige ist.

Der Unternehmer forderte uns auf, den Arbeitslohn zu verlassen. Am zweiten Tage gingen wir — in die Streikversammlung. Die Gewerkschaft anerkannte den Streik, aber die AOK hatte die Führung. Wir hatten 56 1/2 U-organisierte, die sehr gut fanden. Nach Lebensmittelverteilungsstellen der AOK hatten uns durchgeholt. Weiter gab es eine Geldunterstützungsgeselle.

Hungerleben der Kleinbäuerinnen

Die Kleinbäuerinnen sind so verdurbt durch die Steuern, so daß die ihre Milch verkaufen müssen. Meine Brüder selbst sind im Stahelhorn, mein Vater ist Angestellter. Natürlich hat er eine andere Meinung als ich. Sie können sich gar nicht denken, was ich für einen Kampf geführt habe, um hierher zu kommen. Die Landfrauen selbst begreifen das. Sie

Kampfpappell des Reichstongresses wertfälliger Frauen

Arbeitschwwestern in Stadt und Land!

Wir 1000 Delegierte zum II. Reichstongress wertfälliger Frauen in Berlin, mit Beauftragung der Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, Landarbeiterinnen, Erwerbslosen, der Angestellten, Beamtinnen, der Frauen des Mittelstandes, der wertfälligen Jugend aus allen Teilen Deutschlands richten an euch Arbeitschwwestern anderen revolutionären Kampflust!

Not und Elend, wachsend wie eine Wanne, die von den Hungernden, die bis zum Zusammenbruch des Körpers geistigere Ausbeutung in den Betrieben, die qualvollen Leben der unterernährten Kranken Kinder, die schreckensvolle Aussicht auf weitere Steigerung unserer Not mit der Durchführung des Hungerprogramms der Regierung noch in diesem Winter, die drohende Gefahr des Faschismus, alle diese harten Lasten stellen uns zwingend und unabweislich vor die Frage:

Wo ist der Ausweg aus Hunger und Not?

Der II. Reichstongress erklärt: Der Ausweg ist nicht stillschweigendes Dulden und Zurückweichen vor den Angriffen der Kapitalisten, wie die bürgerlichen Frauenorganisationen es wünschen.

Er ist nicht die vergebliche Hoffnung auf ein besseres „Jenseits“, wie die Kirche und das Zentrum predigen. Er ist nicht die friedliche Ausöhnung mit den Reichen, die Arbeitgemeinschaft mit den Unternehmern, wie die Sozialdemokraten auch weismachen wollen. Niemals werden die Besitzenden ihre Fabriken, ihre Güter und prächtigen Villen freiwillig hergeben, weil die Mehrheit der Schaffenden es fordert. Der Ausweg ist nicht „das dritte Reich“, die schamhafte Gemwelterhaltung, die die Nationalsozialisten als letzten Rettungsverlauf nach dem Beispiel Italiens für die Kapitalisten aufzichten wollen.

Der Ausweg aus Hunger und Not, das ist der einheitliche Kampf der Millionen Wertfälliger um ihre Befreiung.

um die Reichen, die Ausbeuter, die Schmeichelei am Körper des wertfälligen Volkes zu vernichten, die Fabriken und den Grund und Boden zu Eigentum des wertfälligen Volkes zu erklären, allen Arbeit und Brot zu geben, den Sozialismus aufzubauen, nach dem leuchtenden Beispiel der Sowjetunion.

Was ist der Ausweg aus Hunger und Not, das ist der einheitliche Kampf der Millionen Wertfälliger um ihre Befreiung.

Ich verpöche Ihnen, wenn ich zurückkomme, eine Besammlung abzuhalten und ich verpöche, daß ich bestimmte mande Kleinbäuerin gewinnen werde.

Von der Kirche in die rote Kampffront

Was ich hier gesehen und gehört habe, werde ich mit in das Saargebiet nehmen und dort den Frauen sagen. Die Frauen des Saargebietes sind noch weit zurück. Darum ist es auch möglich, daß noch so viele Verarmungsanstalten bei uns gebaut werden. 1927 wurden allein 29 Klischeen gebaut. Das Saargebiet ist nicht groß. Aber in jedem kleinen Nest steht heute eine solche Verarmungsanstalt. Gerade die Frauen fällen auch jeden Tag die Kirchen. Nach und nach kommen natürlich auch bei uns die Frauen zu der Einsicht, daß nur der Kampf ihnen helfen kann, daß sie nur durch Kampf ihre Ketten sprengen können.

Vor kurzer Zeit war bei uns ein großes Grubenunglück. Acht Tage vor diesem Unglück stellte die Belegschaft fest, daß die



Eine schließliche Landarbeiterin spricht

Abteilung, wo das Unglück passierte, voll Schichtarbeiter sind. Sie trafen in den Streik. Morgens um 11 Uhr fuhren die Bergarbeiter aus, weil es zu gefährlich war, dort zu arbeiten. Nachmittags 230 Uhr, als die neue Belegschaft eintraf, passierte das Unglück. Die Gesteinsvermutung liegt erst um 6 Uhr die Rettungsmannschaften ein.

Wir im Saargebiet werden doppelt ausgebaut: von unseren Unternehmern und vom Völkerverband.

Der 2. Reichstongress fordert alle wertfälligen Frauen in Stadt und Land auf, dieses große Ziel der Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus vor Augen, mit uns zu kämpfen für die Forderungen der Frauen nach voller Gleichberechtigung der Frauen, höheren Lohn, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Sühnenbedingung mit vollem Lohnausgleich, ausreichenden Lohn für Mutter und Kind, Streichung des Abtreibungsparagrafen 218.

Der 2. Reichstongress ruft die wertfälligen Frauen auf, sich einzureihen in das Millionenheer der kampfbereiten Proletarier zum wehrhaften Kampfe gegen den Faschismus, gegen die drohende Kriegsgefahr, gegen die Regierung des Hungers und der Knechtschaft für ein freies sozialistisches Deutschland.

Die einzige Führerin in diesem Kampfe, das haben die Delegierten des 2. Reichstongresses in den praktischen Tageskämpfen erfahren, das wurde erachtet durch die Vorträge und Aussprache auf dem Kongress,

die wahre, einzige Führerin im Kampfe ist die KGW!

Die Organisatorin unserer wertfälligen Kampfe im Bereich ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Folgt den Führern des Proletariats!

Folgt dem heroischen Beispiel der kämpfenden Metallarbeiterinnen von Berlin, der Metallarbeiterinnen von Mansfeld, der Bergarbeiterinnen des Ruhrgebietes, der russischen Stöckbrigaden, der toten Arbeiterinnen der Textilarbeiterinnen in allen Teilen Deutschlands, G. Hinas, der inbilden Freiheitskämpferinnen, die alle zu wagen haben, daß die wertfälligen Frauen erstanden in der roten Kampffront, daß sie bereits in den ersten Reihen kämpfen, und daß sie in der Comintern gleichberechtigt mitarbeiten am Aufbau des Sozialismus.

Es lebe der Kampf um die Befreiung der Frauen aus Ausbeutung und Knechtschaft!

Es lebe der gemeinnährige revolutionäre Kampf der Wertfälligen in Stadt und Land!

Es lebe der Kampfkampf der Ausbeuteten in der ganzen Welt!



Öffentliche Anklage gegen die Dergle-Polizei

Der Straßenbahner Böttig unabsichtlich verurteilt — Der Straßenterror der Polizei gegen das Publikum wird zum System erhoben

Am 17. November fand, wie unser Lesern bekannt ist, in Halle eine Erwerbslosenkonkurrenz statt, die von der Polizei anlässlich eines Eingangs einer Resolution der Erwerbslosen durchgeführt wurde. Später machte die Polizei Jagd auf Erwerbslose, die sich noch auf dem Hallmarkt aufhielten. An der Spitze wurde dann neben mehreren anderen Arbeitern auch der Straßenbahner Böttig verhaftet. Am 18. November wurde Böttig zum Scherzhaft wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu der angelegenen Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

von einem offenbar völlig gerechtem Schupo so aufgeführt, daß B. seinem Kollegen zu Hilfe griffen.

Die Verurteilung dieses Straßenbahners erregte in Halle allgemeines Aufsehen. Niemand wollte recht glauben, daß ein unpolitischer Straßenbahner gewaltsam gegen die Polizei vorgegangen sei. Mehrere Tage nach der Verurteilung Böttigs läßt sich sogar das „Volkswort“ vernehmen, anlässlich dieses Falles das Schnellgericht zu „kritikieren“ und von „Mängeln des Schnellverfahrens“ zu sprechen, die „im Verlaufe dieses Falles“ begründet seien. Das von der Unschuld Böttigs überzeugt sein wollende SPD-Mitglied brachte es dann noch fertig, die eigentliche Schuld an der willkürlichen Verurteilung dieses Straßenbahners in der höchsten unverschämten Weise den Kommunisten in die Schuhe zu schieben.

Der Schupo kürzte sich dabei auf den ahnungslosen Straßenbahner und schlug wie wild mit den Faustknäulen auf ihn ein. B. drängte mit einem Arm den wütenden, angezeigten Schupo von sich, um sich der Mißhandlungen zu erwehren. Das „Volkswort“ gegen die Staatsgewalt. Ferner drängte B. die Herren verloren dabei, anguloh zwei Schüsse aus dem Revolver in die Luft abgab. Dann kamen weitere Kolonnen heran, die B. und brachten ihn zur Waage, ihm brutal jedes Wort, jedes Flüstern abhörend. Jauchen, die gefahren hatten, daß sie nicht zuhause kommen ließ, wurden einfach nicht zur Waage gelassen. B. wurde eingekerkert und am anderen Tage zur Richtstätte auf Grund einiger Schupoauslagen, die man nicht erklären konnte, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. B. war völlig unangeführt. Ein Remis dafür, daß er trotz des Bewußtseins seiner Unschuld auf keinen Fall den Schnellrichters das Urteil annahm, weil er dadurch wieder auf die Straße gehen würde.

Zunächst die Frage von Wichtigkeit, wie Böttig überhaupt in die Verurteilung verwickelt wurde. Mit dem Verurteilten, der jetzt erst klar zu erkennen beginnt, welches gemeindefällige Spiel mit ihm getrieben wurde, hat einer unserer Mitarbeiter in diesen Tagen die folgenden Bemerkungen gemacht. Der in der Verurteilung Böttigs beschriebene Fall wird folgendes Bild gezeichnet:

Es liegt der Fall des Straßenbahners Böttig. Der Bericht und um ihm die „Volkswort“, „Halle'schen Nachrichten“ und „Halle'sche Post“ zu schicken, wie auch das „Volkswort“ und die „Saale-Zeitung“ die Wahrheit ist das, was wir hier mitgeteilt haben. Der Fall Straßenbahners Böttig, der noch unbedruckt und ein sehr interessantes Bild zu sehen ist, wird in der nächsten Nummer des „Volkswort“ zu sehen sein. Wir bitten die Leser, die Verurteilung Böttigs zu lesen und anzufragen, wird aus Prinzip bestrafte.

In dem fraglichen Tage kam B. am Hallmarkt vorbei. Er fand sich während seiner dienstfreien Zeit auf einem Gang durch die Stadt, mit dem Zweck, seinem Töchterchen Handhabe zu kaufen. Anlässlich wollte B. seine Grobmutter besuchen. Frau und Kind besuchten sich in seiner Begleitung. Als die drei über die Treppengänge, die vom Hallentoren zur Spitze führt, kamen mehrere von der Polizei verfolgte Erwerbslose die Treppe heraufgekommen. Einer der folgenden lief er was, was B. nicht verstand.

Der Straßenterror wütender Polizisten wird zum System erhoben! Der Straßenbahner Böttig ist ein Opfer dieses Schupo.

„Nah uns sehen, daß wir noch hier durchkommen“, bemerkte B. nach seiner Frau. In diesem Moment kamen Polizisten angeklommen, von denen einer den Vater fassen wollte und darauf mit dem sich Wehrenden ins Handgemach und zu Fall kam. Das Töchterchen des Straßenbahners war in seiner Angst auf die gegenüberliegende Seite der am Boden Kninnenden gefallen. B. wollte mit seiner Frau seinem Kinde hinterher. Dies wurde aber

Diese unbestreitbare Tatsache, die die halbesprezessalle bemerkt vermerkt, erhoben wir zur öffentlichen Anklage gegen die Dergle-Polizei! Weil der „Klassenkampf“ Straßenbahner ein einzelner Polizeibeamter gegen Arbeiter anzufragen, wird er zu hohen Gehältern und der Dergle, wir klagen an! Lassen Sie uns verurteilen!

Bantoffelhelden

27. November 1930.

Wir meinen natürlich in erster Linie jenes Monstrum, das sich als „Bantoffelheld“ nennt — Gottlieb Karpfart. Er und irgendein geschickter Affe aus der Redaktion der „Saale-Zeitung“ hielten es für notwendig, den Lesern ihrer Resolutionsblätter eine falsche Information vorzusetzen. Die Redaktion der „Saale-Zeitung“ und der „Saale-Zeitung“ in der Stadtordnungsverhältnisse geht logisch so weit, daß sie sich gegenseitig verabreden, welchen neuen Schmäler sie gegen die Kommunisten loslassen können. Die Tatsache, daß der kommunistische Stadtordnungsverhältnisse in der letzten Sitzung in Holzpantoffeln teilnahm, hat wieder eine willkommene Gelegenheit, gemeinsam gegen die Kommunisten loszugehen. Der Mann der „Saale-Zeitung“ veröffentlichte gleich am Dienstag einen Artikel, genannt „Parlamentarier in Holzpantoffeln“, während Karpfart an dem Abend des Brodtes kein Kollegen für die geistige Aufgabe eines Politikers etwas unter der Ueberblichkeit: „Bantoffelheld“ zusammenfachte.

Es gibt Hunderte von ausgezeuerten Erwerbslosen in Halle, die kein ganzes Hemd mehr auf dem Leibe haben. Hunderte müssen mit zerstückten und durchlöchernten Schuhen herumlaufen. Einer von diesen ist zufällig der kommunistische Stadtordnungsverhältnisse Karpfart. Seine „schönen braunen Holzpantoffeln“ hat auch durchlöchernt und schon längst reparaturbedürftig. Aber abgesehen davon. Wir begründen es, wenn ein ausgezeueter Stadtordnungsverhältnisse (und einen solchen kann es nur bei den Kommunisten geben) in dieser Form dem bürgerlich-sozialdemokratischen Geheiß nach das grauenhafte Elend der Erwerbslosen demonstriert.

Die Schmierfinken der „Saale-Zeitung“ und das „Volkswort“ haben selbstverständlich nichts anderes zu tun, als sich über die Not der Halleser hochhändig hinwegzusetzen. Sie belächeln die Not der Halleser über die Tatsache, daß ein Erwerbsloser eine läbliche Hülle an hat und in Holzpantoffeln herumläuft. Sie, die Herren mit der Kinnelohle und den modernen Schuhen, die „Männer“, die etwas auf „parlamentarische Sitten und Gebräuche“ halten, sind heiter und vergnügt und machen über einen Wohlhabendens-Entschuldigungsfinder f a u l e W i l h e.

Das können sie auch, solange sie warm sitzen und sich ihrer Haut nicht fühlen. Solange die Erwerbslosen solchen verkommenen Gehalt nicht mit Holzpantoffeln und Füßchen verbringen, pass es heißt, sich über das Elend Täuendler von Niemandem lustig zu machen.

Die Frauen im U.K.W. Halle verteidigen ihre Kampfgenossinnen

250 Funktionärinnen nehmen Stellung zum Geschäftsbericht und zur Verwendung der Rückvergriffe. Alle Kräfte für den roten Konsumverein

Am 17. November fand eine außerordentliche Sitzung der U.K.W. Halle statt, an der 250 Funktionärinnen teilnahmen. Die Sitzung wurde von der Vorsitzenden, Frau Karpfart, eröffnet. Sie berichtete über den Stand der Genossenschaft entgegenzunehmen. Einleitend gab Genossin Elias (Werkmeister) einen kurzen Bericht über den Reichskongress wertvoller Frauen, wobei sie besonders hervorhob, daß

Die Frauenunion ist als fortgeschrittenste Teil der proletarischen Organisation zu betrachten. Sie hat die Aufgabe, alle Kräfte für den roten Konsumverein zu sammeln, um die Organisation, den roten Konsumverein, in diesem Hungerwinter mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen und auszubauen.

Der Kongress die Arbeit der roten Konsumvereine lebhaft begrüßt und sich zur aktiven Durchführung der Solidaritätsaktion für die Arbeiter-Konsumvereine im ganzen Reich bereit erklärt hat.

Die Disziplin war sehr lebhaft. Man sprach von dieser Sache; alle übten scharfe Kritik an der Wirtschaft der Genossinnen, die der Genossenschaft zu schaden zu bringen, so daß heute die

Genossin Ida Lehmann, die auf dem Kongress für die roten Genossenschaften gesprochen hatte, ergänzte den Bericht. Sie hat in Berlin eine Hamburger Delegierte berichtet, daß auch in der Hamburger „Produktion“ Einweisungen vorgenommen worden sind, daß dort alle Angehörigen politisch organisiert sein müssen. Unter der Kontrolle der U.K.W. Halle, die die Angehörigen der U.K.W. von der Hamburger Genossenschaftskontrolle als schärfere Verbrenner angesehen wird. Eine Berliner Arbeiterfrau erklärte, daß

Man der Mitglieder die Opfer der Genossinnen und Solidaritätsaktion

im Berliner Konsumverein in diesem Jahr noch keine Rückvergriffe ausgegeben sei.

Die 250 Funktionärinnen haben bewiesen, daß die tätigen Frauen im U.K.W. Halle ihre Kampfgenossinnen verteidigen und bereit sind, dabei jedes Mittel einzusetzen, um die Verwendung zu bringen!

Im Referat zeigte Genossin Bernard Koenen dann die Ursachen der heutigen Lage im U.K.W. an. Er legte den Arbeitstrauen alle die interessierenden Einzelheiten aus dem Geschäftsbericht vor, denn die heutige Verarmung hält es für ihre Pflicht, unter der Kontrolle der U.K.W. Halle die Angehörigen ihre Tätigkeiten auszuüben und nicht, wie früher und Schöbel, die proletarische Demokratie im Verein systematisch auszuwischen. Diese Kontrolle soll noch weiter ausgebaut werden.

Die 250 Funktionärinnen sollen in Zukunft an den Verwaltungsgeschäften teilnehmen.

12 bis 15 Frauenunionen sollen in Zukunft an den Verwaltungsgeschäften teilnehmen.

Die 250 Funktionärinnen sollen in Zukunft an den Verwaltungsgeschäften teilnehmen.

um Einblick zu bekommen in alle wichtigen Angelegenheiten und so neue Arbeitskräfte zu entwickeln.

Nationale Richtung der Tiroler durch Napoleons Truppen mehr als hundert Jahren — Wiederhaltung der Deutschen Tirol durch die schicksaligen Gedenken. Die Tiroler haben die Aufgabe, die schicksaligen Gedenken zu demonstrieren. Die „Wohlfahrt“ der Nation ist auch bei Schönbauer die denkbar bedeutsamste Aufgabe. Das ist alles. Aber was ist denn das nationale Freiheits der Südtiroler — die Schicksaligen Gedenken durch die Schicksaligen Gedenken. Die Schicksaligen Gedenken durch die Schicksaligen Gedenken.

Folgende Entschließung gelangte darauf einstimmig zur Annahme:

Die 250 Funktionärinnen sollen in Zukunft an den Verwaltungsgeschäften teilnehmen.

„Die am 26. November 1930 tagende Frauenfunktionärinnenkonferenz des Allgemeinen Konsumvereins Halle nimmt Kenntnis von der Lage der Genossenschaft, insbesondere in dem abgelaufenen Geschäftsjahre 1929/30. Sie stimmt dem Bericht der Geschäftsleitung zu, die die Rückvergriffe von 4 Prozent zu erhöhen, daß der Anteil damit auf fünf Prozent und der dann noch verbleibende Anteil im nächsten Jahre zur Auszahlung gelangt. Inzwischen soll der Betrag auf Rückvergriffe oder Notfonds gutgeschrieben werden.

Die 250 Funktionärinnen sollen in Zukunft an den Verwaltungsgeschäften teilnehmen.

Janentanz am Tüchtopf

Gegen zwei junge Beamte der hallischen Schupo, darunter ein Offiziersanwärter, ist beim Regierungspräsidenten in Merseburg ein Verfahren eingeleitet worden, und zwar wegen des Verhaltens der Beamten bei einer internen Veranstaltung des Offizierskorps der hallischen Schupo. Den zur Rechenschaft gezogenen wird zum Vorwurf gemacht, daß sie in vorgerückter Stunde das Ehrwürdige Tüchtopf zum Tanz gelassen haben.

Wie die „interne“ Veranstaltung des Offizierskorps der hallischen Polizei ausgefallen haben mag, darüber wird die Öffentlichkeit wohl nie etwas erfahren. Immerhin läßt dieser Fall äußere wichtige Schlußfolgerungen darüber zu, wie es im Offizierskorps der Schupo aussieht. Daß hier die Befehlshaber-Beziehungen in nicht geringem Maße verletzen sind, kann man eben schon aus dem hier Herrn Dergle hierüber nicht annehmen. Verfahren, um das man annehmen nicht herumfand, ergehen. Die Aufklärung der Polizei macht jedenfalls Fortschritte. Zeit Genesung!

Großfeuer im Holzlager Viertel

Gestern vormittag brach in einem offenerstehenden Lager 4000 Kubikmeter Holz in Brand. Die Ursache ist noch unbekannt. Es war Holz in Brand geraten. Wie die Feuerwehre ankam, fand der ganze Schuppen bereits in hellen Flammen. Da sich in unmittelbarer Nähe des Brandortes die Holzlager anderer Firmen befinden, fand die Feuerwehre eine äußerst ernste Situation vor. Sie griff sofort mit mehreren Schlauchwagen ein und versuchte durch Einwirken von Holzgruppen ein Ausbreiten des Komplexes zu verhindern. Die Löscharbeiten gestalteten sich äußerst schwierig.

Das Großfeuer konnte aber trotz der Schwierigkeiten in der Löscharbeit durch das Wasser müde von der Reichsbahn geholt werden) von der Feuerwehre nach dreistündiger harter Zeit zum Stehen gebracht werden. Verbrannt sind etwa 200 Meter Schuppenbau.

Der Nazi-Terror geht weiter

Verhaftung: Glinen in dem Kampfband gegen den Faschismus. Gestern gegen 23 Uhr kam es in der Merseburger Straße und auf dem Tüchtopf zu Zusammenstößen zwischen dort heranziehenden Truppen von Kommunisten und Nationalsozialisten. Durch das sofortige Eingreifen der Polizei wurden in beiden Fällen größere Schlägerereien verhindert. Verletzt ist niemand. Zwölf Kommunisten und sieben Nationalsozialisten wurden zur Festhaltung ihrer Personalien zum Polizeirevier geführt.

Selbstmordversuch eines Arbeiters

Gestern gegen 20.30 Uhr bracht sich ein Arbeiter in einer Wohnung in der Rüdigerstraße in selbstmörderischer Weise mehrere Stiche in die Brust bei. Er wurde nach Entleerung eines Noterkrankens dem Eliaabetkrankenhaus zugeführt. Der Grund zur Tat soll in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Wohnungseindeckung

Gestern in der Zeit zwischen 11 bis 12 Uhr lief in eine Wohnung in der Rüdigerstraße eingebrochen worden. Die Täter entwendeten in der Hauptkammer Schmuckgegenstände und Kleidung im Werte von ungefähr 1200 Mk. Es kommen zwei große Männer mit dunklen Lederkleidung in Frage, die das Grundstück um 11 Uhr betreten und gegen 11.30 Uhr bis 12 Uhr mit zwei Koffern verlassen haben. Sachdienliche Mitteilungen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 90. Der Besitzer der Sachen hat für die Wiederherstellung einer Belohnung von 100 Mk. ausgesetzt. — Gegen 9 Uhr wurde in eine Wohnkammer in der Großen Steinstraße eingebrochen und für ungefähr 300 Mk. Frauenkleidung und Wäsche gestohlen.

Die Gerechtere werden bedacht!

Am Freitag, 20 Uhr, im „Volkspark“: Große öffentliche Kundgebung

Es sprechen: Wilhelm Koenen, M. d. R., und Lea Gundermann, Berlin.

role
mpf gegen
ntfeld
dert die V
re KPJ
Am
rößlinge
t: 20 Uhr
t: 20 Uhr
bergele:
Am S
ra: 20 Uhr
ra: 20 Uhr
t: 20 Uhr
hosenlma
Kon
sich der Sol
einer vor
unamereins
der in der be
reize Halle g
von schon in
gen gegen die
hnenber, soll
vermittlung
vom Notstand
über und J
Halle komm
des Komman
in können un
nimme die
Büchel, Se
erzielene Sa
verfügte dar
tiefen, wenn
des Komman
tische Berle
nach kritisiert
die Härtel auf
sinnlichen ein
Mitteln die
Schlagen. In
stunde Entsch
Die heute, am
ammlung in
Empörung der
Bogane der SS
deutschen Kon
ber wird imme
verhören und
diese Gefühle
dieser Partei
sien auf schä
den der Gesch
nen i. B. Die
Die Kreische
sowie die Genu
protestieren am
kampft
am Sonntag
der Ermerlo
die beschut.
von einem Mun
der Tagesordn
bericht vom An
position.
Haltungnahme
schlichte
liche Banden,
Hilflosigkeit
die die Renolu
in die Zukunft
gerieten, werde
Menschen in
der Gemeinlich
abzurufen
abzurufen
schlichte beite
Erwerblich
nationalist
schließenem
der Unter
der W
grammlich
sowie die
schließen Einbu
denen der
genen der
immer
angen der

Bericht vom ersten Tag des Volksgerichts in Moskau

Der Angeklagte Kamfin enthüllt Poincarés geheime Kriegspläne

Moskau, 25. November. (Eig. Ber.) Unter ungeheurer Spannung des ganzen Gerichtes und der zahlreichen proletarischen Zuhörer erhielt nach der Verlesung der Anklageschrift als erster der Professor Kamfin das Wort zu einer Darstellung seiner schändlichen Handlungen. Seine vor dem Untersuchungsgericht gemachten Aussagen hielt er aufrecht und ergänzte sie. Er spricht langsam und ruhig, als ob er ein Redner im Institut für Wärmedienst hätte. Er verliert nichts zu verwechseln, spricht ohne Stottern, ohne einmal durch Zwischenfragen unterbrochen zu werden. Die wesentlichsten Teile seiner Ausführungen drücken wir nachfolgend ab.

Der Angeklagte Kamfin

beginnt mit einer Schilderung der Ermordung des Verhältnisses der Ingenieure zur Sowjetmacht. „Unter dem Vorwand waren wir eine besonders bewusste Klassenpartei. Die Oktoberrevolution änderte mit einemmal unsere Lage.

Wir verloren unsere formalen Stellungen und wurden der Parteikontrolle unterstellt.

Die Hoffnung auf den Umsturz haben wir keinen Augenblick aufgegeben. Auch unterließen wir enge Verbindungen mit den ehemaligen Industriepolitikern im Ausland, die niemals abbrachen. Diese „alten Herren“ fanden uns regelmäßig Geld. Zuerst ohne irgendwelche Verpflichtungen, später wurden Gegenleistungen verlangt.

Die eintretenden Wertschwankungen der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft, der innerparteiliche Kampf, der wachsende Haß der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion förderten in den letzten Jahren in uns

die Hoffnung auf einen baldigen Sturz der Sowjetmacht.

Da die vertraulichen Informationen aus dem Ausland über Vorbereitung der Intervention immer härter wurden, bemühten sich die alten Ingenieure durch Eintritt in die Industriepartei sichere Positionen nach dem gelungenen Umsturz für sich zu garantieren. Die Durchführung des Fünfjahresplans bedrohte uns, da die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Ingenieure uns zu verdrängen drohten. Die Organisierung der Ingenieurpartei ging etapenweise vor sich.

Die Organisation der Verschwörer

Mit meinem Eintritt im Jahre 1928 bestand das führende Zentrum aus Palkin, Kabanowitsch und Chrenikow. Die Organisation war streng konspirativ aufgebaut. Erst in der letzten Zeit brach die Anbahnung der Verbindung der verschiedenen Industriepolitiker und der Aufbau der lokalen Organisations. Die gesamte Organisation hatte vierzig bis fünfzig Mitglieder.

Die Gesamtzahl der Mitglieder war etwa 2000.

Mit dem Wagnis der Organisation wurden die politischen Diskussionen immer häufiger. Anfänglich waren die verschiedensten politischen Strömungen vorhanden. Den Anarchismus vertrat Palkin, die bürgerliche Demokratie Kabanowitsch und der Staatskapitalismus wurde von Kamfin vertreten.

Diese Diskussionen förderten den Ausbau der politischen Plattform. Die Monarchie wurde abgelehnt, da die Dynamik in den Volksmassen zuviel diskreditiert sei. Die zukünftige Staatsform sollte die demokratische Republik sein. Besondere Schwermereiten bereitete das Wirtschaftsprogramm, besonders für die Industrie.

Ursprünglich war geplant, den alten Besitzern persönlich die Betriebe zurückzugeben.

Man plante die Kollektivierung der Industrie. Der realisierte Uebersturz aus der Aktionierung der ermittelten und der neuen Betriebe sollte zur Entschädigung der Großgrundbesitzer und zur Klärung der Kosten der Intervention verwendet werden.

Die Verhandlungen in Paris

Sobann berichtet Kamfin über die Tätigkeit der gegenrevolutionären Organisation, als sie sich bereits mit

dem „Handels- und Industriekomitee“ in Paris,

einer Organisation russischer Weltreisender, und mit einzelnen Mitgliedern der französischen Regierungskreise zur Beratung der für 1928 in Aussicht genommenen Interventionspläne in Verbindung gesetzt hatte. In jener Zeit ging der Gedanke einer Intervention, betonte Kamfin, mehr von Regierungskreisen Frankreichs und Englands als vom Handels- und Industriekomitee aus. Während eine Anzahl von Mitgliedern der „Industriepartei“, unter ihnen Fedotow und Sinin, auf Reisen waren, traf die Nachricht von

Verhandlungen des Handels- und Industriekomitees mit Poincaré und Briand

ein, die dazu dienten, die Intervention zu organisieren. Im gleichen Jahre überzeugten wir uns, d. h. Larischew und ich, daß der Gedanke einer Intervention in England und in Frankreich ernst gemeint war. Bereits Anfang 1928 legte ich das Handels- und Industriekomitee in Paris

durch Agenten des französischen Dienstes in Moskau

davon in Kenntnis, daß ich und Larischew nach Paris kommen würden. Aus London teilte ich dann durch den Direktor der Firma Bickers (bekannte Waffenfabrik, d. Red.), Ingenieur Simon, mit, daß ich im Hotel Terminus am Bahnhof St. Lazaire absteigen würde.

In Paris fand dann eine Konferenz statt, an der außer mir und Larischew die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees Denisoff, Kjabuchinski, Nobel, Guffassow, Melch-

scherski, Kononow, Starynsewitsch und Mantsehem teilnahmen. Ich und Larischew berichteten über die Lage in der Sowjetunion, über

die Tätigkeit der „Industriepartei“ in der sowjetrussischen Weltwirtschaft.

Die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees betonten die heilige Notwendigkeit, die Intervention vor ihnen vorzubereiten, denn die Vorbereitungen auf dem Gebiet des Handels- und Industriekomitees betrieben wurde, verliefen erfolgreich. Bei den Besprechungen berichtete der Vorsitzende des Pariser Komitees, Denisoff, über seine

Audienzen bei Poincaré

Poincaré habe den Gedanken der Organisierung einer Intervention gegen die Sowjetunion durchaus gebilligt und darauf hingewiesen, daß diese Frage im französischen Generallstab bearbeitet werde. Gleichzeitig habe Poincaré fest darauf bestanden, daß man verlässliche Interventionsvorbereitungen innerhalb des Landes betreiben, die Schillingstätigkeit verstärken und die innere Krise besonders in dem Augenblick der Intervention verhehlen müsse.

Als ich, erzählte Kamfin weiter, darauf Zweifel Ausdruck verlieh, wie weit höhere Hoffnungen auf die Unterstützung der französischen Regierung beständen, da Regierungen ja wechseln könnten und man schließlich auf ein oder zwei Jahre vorausschauen könne, erwiderte Poincaré, daß die Handels- und Industriekomitees,

der Einfluß Poincarés und Briands sei so groß, daß, gleichwohl, ob sie am Ruder blieben, ihr Einfluß bestehen werde.

Damals habe Denisoff erklärt, daß kein französischer Generallstab bereits unter dem Vorhug des General Jamin eine Sonderkommission zur Organisierung der Intervention gegründet worden sei und daß dieser Kommission auch ein Vertreter des englischen Generallstabs

angehöre, daß ferner General Lufomski zu Oberst Jolowitsch Besprechungen habe und daß das Handels- und Industriekomitee auch durch Oberst Richard mit dem Generallstab in Verbindung stehe.

Der Kriegsplan

Bezüglich des Planes über die Ausführung der Intervention wurde darauf hingewiesen, daß Frankreich keine Streitkräfte zur Verfügung stellen, sondern militärische Faktoren, und vielleicht Kriegsschiffe und Flugzeugentenden werde.

daß Polen, Rumänien und die Mandatstaaten reale Streitkräfte stellen würden und daß die im Ausland befindlichen Heereinheiten an weißrussischen Truppen ausgenutzt werden sollten.

Die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees hätten die Intervention für Sommer 1930 in Aussicht genommen, denn bis zu diesem Zeitpunkt hätte man die öffentliche Meinung im Ausland vorbereiten und die Verhandlungen zwischen den Regierungen der an der Intervention interessierten Länder zum Abschluß bringen können. In dieser Konferenz sei festgelegt worden, daß der

Generallleiter der Intervention Frankreich und der technische Leiter der französischen Generallstab sein sollten, jedoch mit Unterstützung Englands.

Ich und Larischew, sagte Kamfin weiter, erklärten uns ebenfalls für 1930. Am Schluß der Konferenz einigten wir uns über die Organisierung einer Zusammenkunft zwischen mir und Larischew und den Mitarbeitern des französischen Generallstabs und General Lufomski.

Der Schluß der Aussagen Kamfins wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Ein von Naturkatastrophen schwer heimgesuchtes Land

Wieder Erdbeben in Japan

Viele hundert Tote — Weit über 1000 Verletzte — 300 Arbeiter im Tunnel verschüttet
Häufige Verheerungen — Ueberall Feuersbrünste

Tokio, 25. November. Ein verheerendes Erdbeben zerriß die etwa 65 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Niigama auf der Halbinsel Ju. 900 Personen sollen dabei ums Leben gekommen oder mehr oder weniger schwerverletzt worden sein. Woher gelang es erst 15 Tagen zu bergen. Nach dem Erdbeben brachen riesige Brände aus, die das Werk der Zerstörung vollendeten. Das Erdbeben begann am Mittwoch kurz nach 4 Uhr morgens und dauerte etwa 10 Minuten.

Stadt Hakonenatschi zum zweitenmal zerstört

Nach ergänzenden Mitteilungen hat das Erdbeben auf einem Teil des Bezirks Schisjuoka, südwestlich der Hauptstadt Tokio, besonders gewirkt. Die Zahl der Todesopfer wird hier auf 200 geschätzt, diejenige der Verletzten übersteigt

1000. Die Sommerstadt Hakonenatschi, die bereits einmal im Jahre 1923 zerstört worden war, fiel von neuem der Vernichtung anheim.

300 Arbeiter in Lebensgefahr

Mehrere Kolonnen von Erdarbeitern, man spricht von 300, die im Augenblick des Erdbebens in einem Tunnel bei Kami beschäftigt waren, sind durch einen gewaltigen Erdsturz eingeschlossen. Man befürchtet für sie das Schlimmste.

Wie das japanische Zentralobservatorium meldet, sind in der Umgebung des Labeories Jto, der ebenfalls in Zerstörung geriet, seit dem 7. November nicht weniger als 1500 Erdstöße verzeichnet worden. Man befürchtet, daß auch die Gebiete von Schujinchi, Ohito und Schimoda Gefahr haben, da aber jede Verbindung unterbrochen ist, fehlen darüber alle Einzelheiten.

Das Ziel der in Moskau angeklagten Verschwörer

So sollte es auch in der Sowjetunion werden



Ein Schreckensbild aus China — Proletarisches Opfer der imperialistischen Interventionsarmee
So war es auch zwischen Poincaré und den Verschwörern gegen die Sowjetunion vorüber

Am
sowj

Neuer
Anfang
der
Welt
ist
er
hoffentlich
ein
Blick
auf
die
Zukunft
ist
ein
Blick
auf
die
Zukunft

Es ist schon
gegen die Sow
jetlich freier
zu bezeichnen.
den obigen Bef
spruch gegen ei
bis folgende Be
daß es sich ni
sichs (7. Be
und Radewitz
des Entwurfs
schungen mit
dingungen“ für
tenmages annc
Der Polst
Sowjetunion ver
reichten, die bei
die Krise finen
Aufbau nicht a
seinen Kampf ge
am weitere Maß
Europa der fran

Ein poln

Steigert die
Was ist die
soll es die Be
verworfen. Es i
Bida und es h
waren. Romani
vier Jahren Zug

La

Wieder
Da hat der ge
entlich gründlich
ermordete Stell
überlegt und ist
noch ganz regier
die wegen des U
und nicht einmal
Kurz, ein rich
dammen Volkste
sollen sich nicht u
Einfach uner
Ja, und wof
Geld aus? In de
über drei Spalte
Stalin“ aber wie
logar ein wache
den allergrößten
bereits in Verteil
sich alles aus sein
Wirksam uner
Aber ich habe
lo ein hergelaufer
sind, verfallen? Es
Schwimdel, lauter
Unerhört!

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf

Sein

48. Fortsetzun
„Weißt du de
„Dalt mich n
müchte es auch g
ich bisher gehab
benarbten Hände
sie, als er schwie
brein sorgen, wie
kannst du mir ab
Er glaubte e
Widel, das ihm
Zeit schon die bef
die dich verstehen
„Worum?“
„Die hält sich
monstration sieht
am liebsten imm
Kun löstie
Mutter! Da mo
„Ja —“ erm
Ritum sie,
Selbe schwänze
Gantäterin huf



Proletarier, verteidigt die Sowjetunion!

Weldendeutsche Werkfätige, erhebt Eure Stimmen!

gegen Faschismus — In Moskau tagt das Volksgericht gegen Saboteure des sozialistischen Aufbaues
die Vernichtung der Schädlinge — In Deutschland wüten Polizeiterrror und Lohraub
die KPD. ruft! Heraus zu Massenversammlungen!

Am Freitag, dem 28. November:
Halle: 20 Uhr, Vokal „Goldene Tute“
Halle: 20 Uhr, im „Garten“
Halle: 20 Uhr, im „Gothaus“
Halle: 20 Uhr, im „Trotz“
Halle: 20 Uhr, bei Magis.

Am Sonnabend, dem 29. November:
Halle: 20 Uhr, im „Kafetier“
Halle: 20 Uhr, im „Weintraube“
Halle: 20 Uhr, im „Stern“.

Grünwald: 20 Uhr, Bergarbeiter-Versammlung.
Pottin: 20 Uhr, in der „Erholung“. Landarbeiter-Versammlung.

Am Sonntag, dem 30. November:
Unterneißa: 14 Uhr, im Gasthof.

Die Braunkohlenskumpels rücken an!
Gröbers: 20 Uhr, Landbahn.
Nietleben: 10 Uhr, in der „Sonne“.
Brandorf: 10 Uhr, im Gasthof.
Müden: 10 Uhr, im „Rothschanz“.
Müdenberg: 14 Uhr, bei Dietrich.

Neuer Schandstreich der Genossenschafts-Bürokratie

Nun folgt der Konsumverein Gotha

Die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie hat den Kampf gegen die oppositionellen Konsumvereine Halle und Merseburg mit den unerschöpflichen Mitteln der Parteifinanz eröffnet. Noch immer organisiert man die Abhängigkeit der Spargelder und versucht mit der Konfiskation der Konsumvereine Halle und Merseburg durch die SPD-Anhänger Erfolge zu erzielen.

In der letzten Vertreterversammlung hat der Konsumverein Gotha eine proletarische Vertikung erhalten. Durch die Solidarisierung des Konsumvereins Gotha mit den anderen roten Konsumvereinen hat die reformistische Bürokratie nunmehr auch die Pflichten gegen Gotha eröffnet. Die GGD in Hamburg hat sofort mit der Sperrung des Warenbesuges eingeleitet und sogar durch das Klassengericht einen

Arrest auf die Grundstücke des Gothaer Konsumvereins

erzielt, um sich Sicherungen für die noch offenstehenden Zahlungen der Warenschulden zu schaffen. Durch diesen unerhörten Schandstreich der sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokratie gegen die Mitglieder des Gothaer Konsumvereins sollen nunmehr auch den Gothaer Konsumvereinen die größten Schwierigkeiten gemacht werden.

Nach in Gotha geht bereits die SPD immer härter zur Ablehnung der Spargelder ihrer Anhänger des Konsumvereins über.

Die Klassenbewusste Arbeiterklasse muß deshalb die Solidarität für die roten Konsumvereine zeigen. Unverzüglich ist der Kampf gegen die sozialistische Genossenschaftsbürokratie zu verstärken und die Spaltungspropositionen zu verurteilen.

Alle Arbeiter müssen ihre Spargroschen aus den reformistischen Konsumvereinen zurückziehen und sie den roten Konsumvereinen zur Verfügung stellen.

Keine proletarische Organisation kann auch nur einen Tag ihre Gelder in den reformistischen Spargeldern lassen. Nur durch eine wirksame Solidaritätssaktion der Klassenbewussten Arbeiterklasse können die Vorhänge der Genossenschaftsbürokratie gegen die roten Konsumvereine abgewehrt werden.

Magdeburg. Kind aus dem Buge gefallen und getötet. Auf der Straße Magdeburg-Braunschweig sprang zwischen den Stationen Nienleben und Welfen die 18-jährige Tochter eines Junges aus und ein zweiähriges Kind, das sich an die Tür gelehnt hatte, fiel aus dem Buge. Das Kind war auf der Stelle tot.

Genossenschaftsversammlung des Bernburger Konsumvereins in Könnern

gegen die Solidarität mit dem roten Konsumverein — Der SPD-Vorstand freit

Der kürzer Zeit stattgefundenen Vertreterversammlung des Konsumvereins Bernburg in Könnern war es der Rede über die bekannnte Demethode gegen den Arbeiter-Konsumverein Halle zu handeln. Die oppositionellen Genossen in Halle in dieser Vertreterversammlung sehr energisch gegen diese Verunglimpfung. Am Dienstag, dem 26. November, sollte nunmehr in Könnern eine Verteilungsversammlung stattfinden, die den Jahresbericht der Genossenschaftsversammlung bringen sollte. Nachdem die Könnerner aber zu spät um Kenntnis des Vorstandes des Bernburger Konsumvereins waren, hielt dieser es für notwendig, einige Beschlüsse nach dieser Richtung in der Konsumvereinsversammlung zu bringen. Nach Anfrage beim Verbandsamt wurde die Versammlung dem Antrage zu, den Genossen Einzel, Halle, zu diesem Punkt zuerst zu sprechen zu lassen.

Der Vorstandsmittglied Träger (früher in Merseburg) sprach, er müsse nunmehr den Saal verlassen. Also dann, wenn sie für ihre Äußerung stehen wollen. Seine Bemerkung, die Verwaltung von Halle soll fragen, was diese Verunglimpfung ausreicht, die auch von der Versammlung nicht gutgeheißen wurde. In längeren Ausführungen ging der Bericht auf die Verleumdung der SPD und der Arbeiter-Konsumvereine ein und wies einwandfrei nach, daß die SPD in Halle bemüht ist, den Arbeiter-Konsumverein Halle zu zerstören.

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen: Am 11. November 1930 stattfindende Mitglieder-Versammlung in Könnern des Konsumvereins Bernburg nimmt Kenntnis von der Verleumdung und Heßung der SPD und der Genossenschaftsbürokratie gegen den Arbeiter-Konsumverein Halle. Für die Könnerner Mitglieder ist immer mehr erkennbar, daß die SPD, und der mit ihr verbundenen Genossen mit allen Mitteln, jedoch erstrebend, die Genossenschaftsbewegung zu spalten. Die Genossenschaftsleitung des Bernburger Konsumvereins ist über diese. Die heute versammelten Mitglieder werden als höchste die Haltung der Könnerner, Träger, wagen, und die Genossenschaftsleitung ihrer Mitglieder aus.

Die Erhebung der Bürgersteuer durch die Kreisbauernschaft Zwitau hat die Anordnung zur Einführung der Bürgersteuer erlassen, die von den Bauern zweimal abgezahlt werden darf.

Der Kampf Bund gegen den Faschismus tritt an!

Werkfätige, werdet Mitglieder! Erscheint in allen Orten zu den Kampfbund-Versammlungen!

In Beesenlaublingen am Freitag, dem 28. November, 20 Uhr, in der „Linde“ öffentliche Versammlung.

In Löbejün am Freitag, dem 28. November, 20 Uhr, im „Adler“ öffentliche Versammlung.

In Zeitz am Sonntag, dem 30. November, 10 Uhr, in der „Händlerbörsen“ Versammlung.

Alle Anfragen und Zuschriften, die den Kampf Bund gegen Faschismus betreffen, sind an die Adresse Kurt Kappel, Halle, Stadtgarten 19, zu richten.

Ein proletarisches Echo auf den Verschwörerprozeß in Moskau

am eheften beiträgt, wenn es den Kampf zur Vernichtung seiner eigenen Klassenfeinde organisiert.

Tas jetzt daraus, daß wir die Millionenfront des proletarischen Klassenkampfes organisieren und fests

neue Kämpfer für die Kommunistische Partei gewinnen.

In der Praxis muß sich dies in der Verstärkung des antijahreslichen Aufgebotes für Partei und Presse auswirken. Zur heute werden folgende 21 ergebnisse dieses Aufgebotes für heute:

Hinterfeld	3	Sauerhausen	2
Wethlig	6		
Leuna	2	Teicheln	19
Wethlig	3	Drageborn	7
Wethlig	3	Torgau	2
Wethlig	4	Teicheln	5
Wethlig	2	Teicheln 3	Wethlig 2

dem wir nur dann gerecht werden, wenn wir die Werberarbeit in der Genossenschaft verstärken. Darum entfällt allerorts umfassende

Kampfkongferenz der Erwerbslosen des Kreises Merseburg

im Zeichen des Kampfbündnisses mit den Leuna-Proleten

am Sonntag in Merseburg stattgefundenen Kreis-Kongferenz der Erwerbslosen von 28 Vertretern der Erwerbslosenkreise. Außer diesen waren Betriebsarbeiter aus Leuna an Werk anwesend, die gemeinsam mit den Erwerbslosen einen Austausch ihrer Erfahrungen herbeizuführen suchten. Der Tagesordnung stand:

1. Bericht vom Reichsgericht der Revolutionären Gewerkschaftsvereine.

2. Annahme zur Reihenfolge sowie zum Arbeitsdienstgesetz.

3. Bericht, welcher auf dem Reichsgericht der Revolutionären Gewerkschaftsvereine in Berlin anwesend war, führte u. a. aus, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Gewähr dafür hat, daß die Arbeiterklasse auf breiter Basis Grundfragen der Arbeiterbewegung werden können. Besonders freute er die in den Betrieben in vielen Betrieben ausbrechenden Streiks, welche die Genossenschaftsbürokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken sucht. Seitdem sind die Genossenschaften zu Organisationen geworden und die Pflicht der Erwerbslosen besteht darin,

4. Erwerbslosen, organisierte und unorganisierte, in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu vereinigen, um die proletarische Front gegenüber den sozialistischen Bonzen des Klassenkampfes darzustellen.

5. Der Vater des Kapitalismus, Genetier, der den Arbeiter-Klassen die einzige Weltorganisation des Proletariats, die rote Kampftruppe, hat heute in neuem Ansehen. In den Interessen der Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse selbst.

6. Die Arbeiterklasse, welche der Klassen nicht genug freies und immer wieder erklärte, daß sie gegen die Diktatur der Hindenburg-Strainung-Aktion den „Kampf“ aufnehmen würden, sind heute die Bahnarbeiter des Faschismus in Deutschland. Die Vorgänge in Torgau und an anderen Orten zeigen, daß man den Erwerbslosen von seiner Seite Mittel zur Verfügung stellt, um ihr materielles Leben zu fristen. Mit Kommunisten, Sozialisten und Bürokraten denkt man die hungernden Erwerbslosen vom Kampf um ihre Forderungen abzuhalten. Aber es zeigt sich auch hier wieder,

7. daß der Hunger sich nicht verbieten läßt.

8. In der Diskussion erklärte u. a. ein Arbeiter von Leuna,

9. daß der Kampf der Erwerbslosen der Kampf der Betriebsarbeiter ist und daß nur diese Kämpfe einen Erfolg haben würden, wenn wir die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in die Tat umsetzen und unsere Arbeit in die Betriebe verlegen und die Gründung von Erwerbslosen-Gruppen im Betrieb und an den Betriebsstellen vornehmen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird mit Beifall entgegengenommen.

10. Folgende Resolution wurde von allen Anwesenden einstimmig angenommen:

In einer Zeit wo viele verhungern
läßt ein Großagrariar 800 Zentner Getreide verbrennen

In Torgau bei Hofitz in der Scheune des Rittergutsbesizers von Heilich Feuer ausgebrochen, dem dort aufgetriebenen Getreide, von über 800 Zentner, um Opfer fiel. Bei dieser Gelegenheit haben wir wieder einmal bestätigt gefunden, daß das wertvolle Getreide, dessen Lebenslage immer schlechter wird, gemäßigteren bei polen Schauern der Großagrariar verbrennen muß.

Massenwerbung für Partei und Presse

Die am 23. November 1930 tagende Kreisdelegiertenkonferenz der Erwerbslosen im Kreis Merseburg-Leuna hat sich nach ausführlicher Diskussion über die Aufgaben und Organisation der Revolutionären Gewerkschaftsopposition entsprechend den Beschlüssen des 5. AGS-Kongresses sowie der Reichskonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition sofort im schnellsten Tempo in allen Orten eine gemeinheitsfähige Arbeit mit dem Betriebsarbeiter, sowie auf allen Gemeinwesen und allen Betrieben des AGS, zu organisieren und zu organisieren und die bestehende Gruppe entsprechend der Beschlüsse einzuführen. Die Konferenz ist davon überzeugt, daß für die erfolgreiche Durchführung der kommenden Revolutionären Arbeit, die die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Wallend, gegen die Genossenschaftsbürokratie mit der AGS, garantiert als Führer der kämpfenden Proletarier.

Es lebe die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die einzige revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei, die Partei Lenins!

In 2. Tagesordnungspunkt sprachen der Genosse G. o. p. p. Ammendt, über die ungenügende Berücksichtigung der Sozialversicherung. Er griff nur allen Dingen den neuen Aufbau der Reihenfolge heraus, der dazu führen müßte, neue Formen aus der Erwerbslosenbewegung auszuwickeln und sie den Reichsdelegiertenkongress zu übermitteln. Die Reihenfolge der Reihenfolge der Reihenfolge wurde in den Familien der Erwerbslosen gerade in diesem Winter Krankheit und Massensterben einleiten.

Mit dem Appell, angeht dies die Erwerbslosen planmäßig und Kraft zu organisieren und sie zur Aktivität im revolutionären Klassenkampf zu wecken, wurde die Konferenz geschlossen.

Wiese. Hochwasser im Unkraut. Die harten Niederlagen der Stormböen haben die Wasserengen der Flüsse auch im Felde und Unkraut fast anidwellen lassen. Die Wiesen mußten bereits bewässert werden, um ein Ueberfluten der Dämme zu verhindern. Die Kanalbrücke liegt höchstens einen halben Meter über der breiten Wasserflut und ermöglicht allein noch den Verkehr zwischen Köhlen und Wiese.

